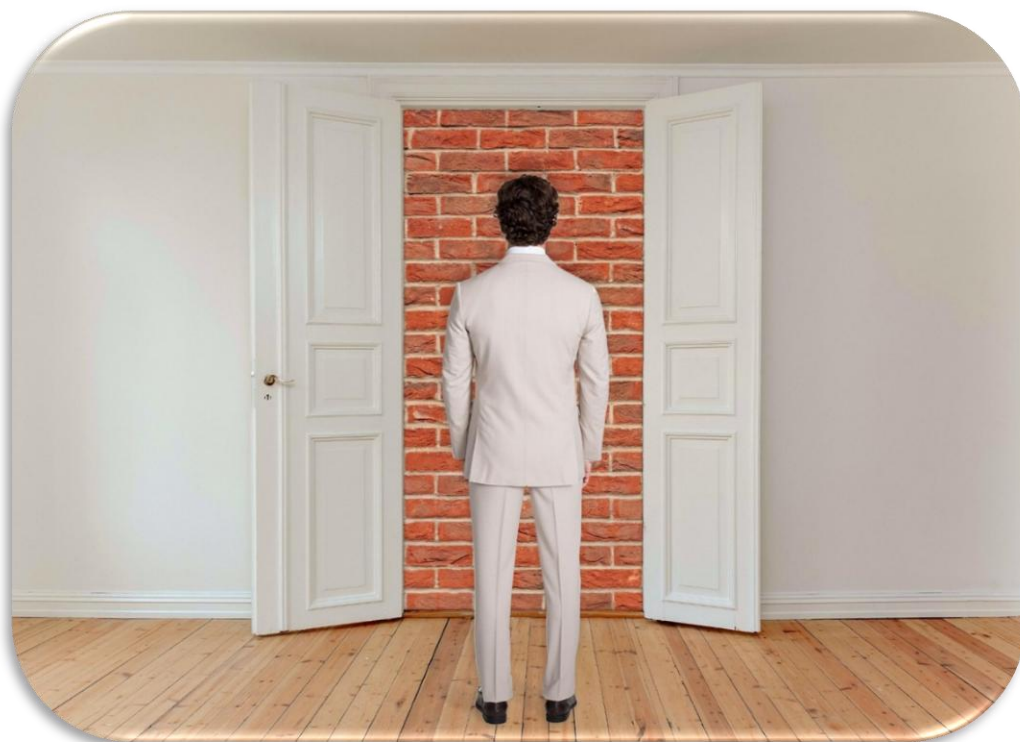


Rother Baron:

Was wir bei den Wahlen nicht wählen können

*Überlegungen zu demokratischen Defiziten in
Deutschland im Vorfeld der Bundestagswahl 2025*



Deutschland ist fraglos ein demokratischer Staat. An manchen Stellen gibt es aber auch bei uns demokratische Defizite. Vor allem scheint der demokratische Geist – als Fundament des demokratischen Handelns – in der Politik immer mehr abhandenzukommen.

© [rotherbaron](https://rotherbaron.de), Februar/Dezember 2025

Inhalt

Die 5%-Hürde – eine Hürde für die Demokratie. Wie die Sperrklausel

<i>politische Mitbestimmung untergräbt</i>	6
Dysfunktionalität der 5%-Hürde	7
Undemokratischer Charakter der 5%-Hürde	7
Reformvorschläge	9
<i>Anmerkungen</i>	9

Die Einschränkung der Gewaltenteilung durch den Parteienstaat.

<i>Zur Einflussnahme der Parteien auf den Justizapparat</i>	11
Unvollständige Gewaltenteilung.....	12
Parteiabhängige Zusammensetzung der höchsten deutschen Gerichte	12
Passgenaue Verfassungsgerichtsreform für die etablierten Parteien	13
Was an der Verfassungsgerichtsreform problematisch ist	14
Nötige Reformen für eine parteiunabhängige Justiz	15

Kanzlerkandidaturen – eine einsame Entscheidung.

<i>Über das demokratiefördernde Potenzial von Direktwahlverfahren</i>	17
Einschränkung der Demokratie durch Angst vor dem Führerstaat	18
Direktwahlverfahren – das Beispiel USA	18
Checks and balances: Kongress und Präsident in den USA	19
Vorwahlen für Kanzlerkandidaturen – ein Gedankenspiel	20
Veränderter Moralkodex durch Direktwahlverfahren	21

"Kleinparteien" – ein unausgeschöpftes Ideenreservoir.

<i>Ein Blick unter die 5%-Hürde</i>	23
Mediale Bevorzugung etablierter Parteien	24
Unterstützungsunterschriften – die Hürde vor der Hürde	25
Zur Wahl zugelassene "Kleinparteien" nach Bundesländern	26

Baden-Württemberg	26
Bayern	26
Berlin	27
Brandenburg	27
Bremen	27
Hamburg.....	28
Hessen	28
Mecklenburg-Vorpommern	28
Niedersachsen	28
Nordrhein-Westfalen.....	29
Rheinland-Pfalz	29
Saarland	29
Sachsen	29
Sachsen-Anhalt	30
Schleswig-Holstein	30
Thüringen	30
Übersicht über die zur Wahl angetretenen "Kleinparteien"	31
Speed-Dating mit Kleinparteien	32
Kurzporträts der "Kleinparteien" in alphabetischer Reihenfolge	33

Die Parteien als Wächter über politische Inhalte.

<i>Wenn Inhalte im Parteienschatten verschwinden</i>	46
Die Folgen einer parteien- statt inhaltszentrierten Wahl.....	47
Die Wahl als Themenspektrumswahl.....	47
Mainstream-Inhalte	48
Unverbindlichkeit der Wahlversprechen	48
Falsche Partei – richtige Inhalte	48
Assoziierung von Partei und Inhalten	49
Verschwiegene Inhalte	49

Fake-Inhalte	49
Vorschläge für eine stärker inhaltsorientierte Wahl.....	50
Stärkere Gewichtung von Petitionen	50
Stärkere Gewichtung von Fachausschüssen	51
Einrichtung von Anti-Fake-Kommissionen	52
<i>Links und Nachweise</i>	<i>52</i>
 Der Bundestag – eine Tabuzone für Linksabbieger? Linke Politik	
<i>als unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie</i>	<i>54</i>
Politik mit zwei rechten Augen	55
Linke und pseudo-linke Politik	55
Mega-Große Koalition der Fremdenfeindlichkeit	56
Inklusiver Charakter linker Politik	57
Das süße Gift des Populismus.....	58
 Eine Parteienutopie – die RBP. Eine Programmskizze	
<i>als Diskussionsgrundlage für politische Reformen</i>	<i>60</i>
Das Luftschloss einer eigenen Partei	61
Kurzfassung eines utopischen Parteiprogramms.....	62
Arbeitsmarktpolitik	62
Außenpolitik	62
Bildungspolitik.....	62
Digitalpolitik	63
Energiepolitik	63
Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik	63
Europapolitik	63
Familienpolitik.....	64
Finanzpolitik	64
Gesundheitspolitik	64
Hochschulpolitik.....	65

Innenpolitik	65
Justizreform.....	65
Kommunalpolitik.....	65
Kulturpolitik.....	66
Medienpolitik.....	66
Migrationspolitik	66
Sozialpolitik	67
Sportpolitik.....	67
Umweltpolitik.....	67
Verkehrspolitik	68
Wahlrechtsreform	68
Wirtschaftspolitik	68
Wohnungspolitik	69

Die Demokratie in der Abwärtsspirale. Ein Kommentar

<i>zur Bundestagswahl 2025</i>	70
Ein Lehrstück in Fake-Narrativik.....	71
Ein neues weibliches Rollenmodell in der Politik	71
Das Ende einer Utopie	72
Über 4 Millionen Stimmen für den Papierkorb	73
Ein fragwürdiges Verständnis von Demokratie.....	74
<i>Nachweise</i>	74

Informationen über den Autor finden sich auf seinem Blog (rotherbaron.com) oder auf Wikipedia.

Cover-Bild: Tumisu: Geschlossene Tür (Pixabay)

Die 5%-Hürde – eine Hürde für die Demokratie

Wie die Sperrklausel politische Mitbestimmung untergräbt

Die 5%-Hürde soll der Idee nach eine ähnliche Zersplitterung der Parteienlandschaft wie in der Weimarer Republik verhindern. Heute dient sie allerdings vor allem dem Machterhalt der etablierten Parteien und stärkt den rechten Rand der Republik.



Hans Benn: Kleiner Hund (Pixabay; leicht bearbeitet)

Dysfunktionalität der 5%-Hürde

Die Einführung der 5%-Hürde verdankte sich nach dem Zweiten Weltkrieg dem Wunsch nach klaren Verhältnissen im Parlament. Eine Zersplitterung der Parteienlandschaft wie in der Weimarer Republik sollte vermieden werden. Denn dies hatte am Ende den Nationalsozialisten als Argument gegen die gesamte Demokratie gedient, die als handlungsunfähiger Debattierclub verspottet worden war.

Aus der damaligen Situation heraus war die Einführung der Sperrklausel also durchaus nachvollziehbar. Wenn man aus heutiger Sicht auf ihre Auswirkungen schaut, erscheint sie in der gegenwärtigen Form jedoch eher als Mittel zur Unterminierung der Demokratie.

So haben gerade populistische und rechtsextreme Parteien weniger Probleme, die 5%-Hürde zu überspringen, weil sie mit ihren Appellen an unbewusste Ressentiments und diffuse Stimmungslagen eher ein größeres Stück vom Wählerstimmekuchen abbeißen können. Parteien, die auf die Kraft der Überzeugung setzen, haben dagegen viel größere Schwierigkeiten, auf Anhieb eine ausreichend große Anzahl an Wahlberechtigten davon zu überzeugen, ihnen einen Platz auf der politischen Bühne zu geben.

Damit fördert die 5%-Hürde gerade die überproportionale Präsenz jener Parteien, die sie der Idee nach von der Macht fernhalten sollten – nämlich von Parteien, die durch ihre populistischen Parolen den demokratischen Diskurs zersetzen.

Undemokratischer Charakter der 5%-Hürde

Die 5%-Hürde ist demnach in der heutigen Parteienlandschaft dysfunktional. Anstatt die Demokratie zu stützen, gefährdet sie das de-

mokratische System. Sie ist aber auch an sich problematisch, da sie die Erneuerung der politischen Landschaft erschwert und das Machtkartell der etablierten Parteien zementiert.

Für alternative Ideen und neuere, basisdemokratischere Formen des Umgangs mit den politischen Handlungsoptionen ist es dadurch schwer bis unmöglich, sich durchzusetzen. Dies wäre aber auch deshalb wichtig, weil so die über Jahrzehnte gewachsenen Verflechtungen zwischen Politik und Lobbygruppen zumindest neu durchmischt werden könnten.

Hinzu kommt der aus demokratischer Sicht schwer zu ertragende Umstand, dass durch die 5%-Hürde regelmäßig Millionen von Stimmen schlicht in die Mülltonne wandern **[1]**. Einem großen Teil der Bevölkerung wird dadurch die parlamentarische Repräsentanz verweigert. Bei den Bundestagswahlen des Jahres 2021 betraf das rund vier Millionen oder 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. 2013 waren es gar 6,8 Millionen Stimmen, was damals 15,7 Prozent der abgegebenen Stimmen entsprach **[2]**.

Die Tatsache der Missachtung einer so großen Anzahl von Wahlberechtigten ist allein schon erschreckend. Noch schlimmer ist allerdings, dass sich die etablierten Parteien daran in keiner Weise stören. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein.

Das beste Beispiel dafür ist die saarländische SPD. Sie regiert seit den Landtagswahlen vom Frühjahr 2022 mit einer absoluten Mehrheit von Mandaten, obwohl sie nur von einem Viertel der Wahlberechtigten gewählt worden ist. Grund dafür ist das Scheitern von Linken, Grünen und FDP an der 5%-Hürde. Statt dem Genossen Zufall und dem Geist der Demokratie Rechnung zu tragen und von sich aus auf die Opposition zuzugehen, legt die Partei seitdem eine Arroganz der Macht an den Tag, die eher an den französischen Sonnenkönig Louis IX als an einen demokratischen Staat erinnert. Pos-

ten werden schamlos an Parteisoldaten verschachert, Kritik wird nicht zur Kenntnis genommen [3].

Reformvorschläge

So scheint es dringend geboten, etwas an der 5%-Hürde zu ändern. Zwei Möglichkeiten bieten sich dafür an:

1. eine Absenkung der Sperrklausel auf drei oder zwei Prozent;
2. die Einführung einer Ersatzstimme, durch die Wahlberechtigte die Sicherheit hätten, dass ihre Stimme nicht verloren geht, wenn sie sie einer in den Umfragen unter der Sperrklausel rangierenden Partei geben.

Beide Maßnahmen ließen sich natürlich auch miteinander kombinieren. Sie werden jeweils schon seit Längerem diskutiert, in der Politik jedoch nicht aufgegriffen – weil diejenigen, die die Regeln ändern müssten, dadurch ihre eigene Macht beschneiden würden.

Was es dafür bräuchte, wäre die Einsicht, dass Demokratie von Wandel und Erneuerung lebt – auch dann, wenn dafür der Thron der eigenen Partei ins Wanken gerät. Dass wir eine solche Größe von der gegenwärtigen politischen Kaste nicht erwarten können, ist – gelinde gesagt – erschreckend. Es zeigt, dass der demokratische Geist bei uns weit geringer ausgeprägt ist, als es die Angehörigen derselben politischen Kaste in ihren Sonntagsreden glauben machen wollen.

Anmerkungen

- [1] Eine detaillierte Auflistung der Ergebnisse von Wahlen zum deutschen Bundestag seit 1949 findet sich in einer Übersichts-

schrift der Bundeswahlleitung aus dem Jahr 2022: [Ergebnisse früherer Bundestagswahlen](#) (PDF).

- [2] Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim bezeichnete das Rekordhoch an "Papierkorbstimmen" bei der Bundestagswahl 2013 – "unabhängig davon, wie man die Programmatik dieser Parteien bewertet" – seinerzeit als "undemokratisch" und gab zu bedenken: "Zum einen bleibt das Gefühl zurück, dass die eigene Stimme nicht zählt. Zum anderen halfen diese Menschen indirekt auch noch jenen Parteien, die sie gar nicht gewählt haben" – denn durch den Wegfall von Stimmen für Parteien, die unter der 5%-Hürde bleiben, erhalten die für die anderen Parteien abgegebenen Stimmen ein größeres Gewicht (zit. nach Meiritz, Annett: [Bundestag ohne Kleinparteien](#). Die Sieben-Millionen-Lücke. *Der Spiegel*, 24. September 2013).

- [3] Näheres hierzu in den Beiträgen [Skandalland Saarland](#) (April 2024) und [SPD-Regierung mit CDU-Gesicht](#). Eine Fallstudie zur Austauschbarkeit der Volksparteien am Beispiel des Saarlands (PDF, Sommer 2023).

Die Einschränkung der Gewaltenteilung durch den Parteienstaat

Zur Einflussnahme der Parteien auf den Justizapparat

Die Gewaltenteilung ist ein zentrales, wenn nicht **das** zentrale Element der Demokratie. Es ist deshalb erstaunlich, dass ihre mangelhafte Umsetzung in Deutschland in der Öffentlichkeit kaum Beachtung findet.



Dieter G.: Gerechtigkeit (Pixabay)

Unvollständige Gewaltenteilung

Die Gewaltenteilung war das zentrale Element in den Demokratie-Modellen der Aufklärung. Denn nur mit ihr konnte verhindert werden, dass sich ein Teil der staatlichen Entscheidungsinstanzen auf Kosten der anderen verabsolutiert und so eine neue Form autokratischer Herrschaft etabliert.

Die Verteilung der Machtbefugnisse auf verschiedene, voneinander unabhängige Akteure und Bereiche sollte ein System gegenseitiger Kontrolle ermöglichen, ein Gleichgewicht der Kräfte, in dem jede unzulässige Machtanmaßung sofort von einem anderen demokratischen Entscheidungsgremium zurückgewiesen wird.

Nun sind Exekutive, Legislative und Judikative in Deutschland formal zweifellos voneinander getrennt. Es gibt eine Regierung, ein aus zwei Kammern bestehendes Parlament und ein breit gefächertes System von Gerichten. Allerdings existieren de facto zahlreiche Überschneidungen zwischen den einzelnen Bereichen.

Dies gilt zunächst für Exekutive und Legislative. Das Bindeglied sind hier die Parteien, die mit ihren Parlamentsmehrheiten sowohl die Zusammensetzung der Regierung als auch den Gesetzgebungsprozess bestimmen. De facto besorgt sich damit die Exekutive die nötigen Mehrheiten bei dem für die Legislative zuständigen Organ. Beide sind so eng miteinander verflochten, dass von einer echten Gewaltenteilung keine Rede sein kann.

Parteiabhängige Zusammensetzung der höchsten deutschen Gerichte

Die enge Verflechtung von Exekutive und Legislative – Regierung und Parlament – ist in einem Parteienstaat kaum zu verhindern.

Auch die Zusammensetzung der höchsten deutschen Gerichte ist jedoch de facto an Parteiinteressen gebunden.

So sind die Bundesgerichte zwar in ihren Entscheidungen nicht von der Politik abhängig. Da ihre Zusammensetzung jedoch von einem Richterwahlausschuss bestimmt wird, der sich aus den Justizministern der Länder und 16 Bundestagsabgeordneten zusammensetzt, kann die Politik durch eine entsprechende Personalauswahl zumindest auf die Entscheidungstendenzen Einfluss nehmen.

Dies gilt auch für die Zusammensetzung des für die Gewaltenteilung besonders wichtigen Bundesverfassungsgerichts, dessen Mitglieder je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Insbesondere die gängige Praxis, das Vorschlagsrecht für die zu besetzenden Richterposten gemäß den Mehrheitsverhältnissen unter den Parteien aufzuteilen und so die Rechtsprechung in deren Interesse zu beeinflussen, widerspricht dabei dem Geist der Verfassung.

Verfassungsgerichtsreform im Interesse des Machterhalts der etablierten Parteien

Ein Gespür für diese Problematik existiert bei den großen deutschen Parteien offensichtlich nicht. Eher ist das Gegenteil der Fall. Dies hat die aktuelle Gesetzgebung zum Bundesverfassungsgericht gezeigt.

Dabei sind nicht nur die bisher nur in einem Bundesgesetz festgelegten Regelungen zur Richterwahl in den Verfassungsrang erhoben worden. Es ist darüber hinaus auch ein so genanntes "Ersatzwahlverfahren" eingeführt worden. Dieses sieht vor, dass Bundesrat und Bundestag sich gegenseitig bei der Richterwahl vertreten können,

wenn in einer Parlamentskammer keine Zweidrittelmehrheit hierfür zustande kommt.

Verhindert werden soll auf diese Weise, dass eine nicht auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung und der demokratischen Werte stehende Partei mit einer Sperrminorität die Richterwahl blockieren kann. De facto richtet sich dies natürlich gegen die AfD, die in den Umfragen für die kommende Bundestagswahl derzeit bereits – mit etwa 20 Prozent – als zweitstärkste Kraft hinter der CDU geführt wird.

Was an der Verfassungsgerichtsreform problematisch ist

Die etablierten Parteien haben bei der Diskussion um die Verfassungsgerichtsreform nicht mit Selbstlob gespart. Das Bundesverfassungsgericht, so war immer wieder zu hören, sei dadurch "wetterfest" gemacht, also besser gegen extremistische Übergriffe wie in Polen unter der PiS-Regierung geschützt worden.

Dies ist zwar nicht ganz falsch. Dennoch ist die Neuregelung unter drei Gesichtspunkten problematisch:

1. Die Verfassung taugt nicht für tagespolitische Entscheidungen. Sie ist das Fundament, auf dem die Demokratie über Jahre hinaus ruhen soll. Wo heute durch die Regelungen zur Richterwahl extremistische Einflüsse zurückgedrängt werden, trifft dies morgen vielleicht irgendeine neue kleine Partei, die frischen Wind in die Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts bringen und dieses aus der Geiselhaft durch die etablierten Parteien befreien könnte.
2. Die AfD ist – ob es einem nun gefällt oder nicht – eine demokratisch gewählte Partei. Solange sie nicht verboten ist, ist es bei einer parteiabhängigen Wahl des höchsten deutschen

Justizorgans unter Demokratiegesichtspunkten fragwürdig, sie durch parlamentarische Winkelzüge hiervon auszuschließen. Dies gilt umso mehr, wenn die etablierten Parteien für den Erhalt ihres Einflusses auf das Gericht sogar eigens die Verfassung ändern.

3. Die Selbstbeschreibung der großen Parteien als Bollwerke gegen Extremismus und Populismus hält einer Realitätsprüfung nur eingeschränkt stand. So hat die Ampelkoalition mit ihrem "Rückführungsverbesserungsgesetz" letztlich dem Remigrationsgegröle der AfD nur einen anderen Namen gegeben. Und auch im aktuellen Wahlkampf kommen migrations- und fremdenfeindliche Töne keineswegs nur von der AfD. Die Bemühungen, die AfD bei der Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts außen vor zu lassen, erscheinen auch aus dieser Perspektive eher als Mittel zum Machterhalt der einstigen Volksparteien.

Nötige Reformen für eine parteiunabhängige Justiz und echte Gewaltenteilung

Im Interesse einer funktionierenden Demokratie sollte jeder Anschein von politischer Einflussnahme auf die Justiz vermieden werden. Die Zusammensetzung der Bundesgerichte sollte deshalb von einem eigenen juristischen Berufungsgremium bestimmt werden.

Diesem Gremium können Fachleute aus den jeweiligen Gebieten angehören. Dessen Zusammensetzung könnte durch eine Urwahl unter allen im Bereich der Justiz tätigen Personen bestimmt werden. Um Interessenkollisionen und Kungeleien auszuschließen, dürften Mitglieder des Gremiums sich weder während noch nach ihrer Mitwirkung in demselben um eine Bundesrichterstelle bewer-

ben. Die Mitgliedschaft sollte auf vier Jahre, mit einer Möglichkeit der Verlängerung auf acht Jahre, begrenzt sein.

Im Bereich von Legislative und Exekutive könnte die verstärkte Einbindung nicht im Parlament vertretener Fachleute in die Entscheidungsprozesse ein Baustein für die bessere Trennung der beiden demokratischen Gewalten sein. Die Fachleute müssten dabei allerdings durch entsprechende Expertengremien entsandt werden und dürften keinesfalls die Interessen einzelner Lobbygruppen verfolgen.

Kanzlerkandidaturen – eine einsame Entscheidung

Über das demokratiefördernde Potenzial von Direktwahlverfahren

Wahlkampf – von allen Wänden grinsen uns Personen entgegen, die um unsere Stimme werben. Nur: Wir dürfen sie gar nicht wählen. Unsere Stimme können wir nur der Partei geben, für die sie antreten. Was läuft da schief?



Marisa04: Reiterstatue

Einschränkung der Demokratie durch Angst vor dem Führerstaat

Für die Beantwortung der Frage, warum es in Deutschland weder für das Amt des Kanzlers noch für das eher repräsentative Amt des Bundespräsidenten eine Direktwahl gibt, müssen wir mal wieder in den Keller der Geschichte herabsteigen. Dort ist mit fetten Lettern an die Wand geschrieben: "Nie mehr Führerstaat!"

Das klingt zunächst einleuchtend: Durch eine Direktwahl zentraler Entscheidungsträger unserer Demokratie käme diesen eine größere Machtfülle zu. Die Gefahr, dass sie ihre Macht für eine Aushebelung demokratischer Prozesse und die Etablierung autoritärer Strukturen nutzen, könnte sich dadurch erhöhen.

Allerdings steht diese Vorsicht sowohl im Gegensatz zu unserer Verfassung als auch zur politischen Alltagsrealität. So ist der Kanzler bei uns keineswegs nur ein "primus inter pares". Nicht nur die Richtlinienkompetenz gibt ihm – unabhängig davon, ob er unmittelbar Gebrauch von ihr macht – eine besondere Autorität. Auch die Tatsache, dass die Ministerernennung und -entlassung durch den Bundespräsidenten auf seinen Vorschlag hin erfolgt, verleiht ihm eine besondere Machtfülle.

Hinzu kommt, dass die Wahlkämpfe bei uns schon lange stark personalisiert sind. Neben diversen Wohlfühlbotschaften prangen immer wieder die Gesichter der Kanzlerkandidaten auf den Wahlplakaten – obwohl wir mit der entscheidenden Zweitstimme doch nicht diese wählen, sondern die Parteien, für die sie antreten.

Direktwahlverfahren – das Beispiel USA

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es nicht schlicht ehrlicher wäre, Direktwahlverfahren einzuführen. Schauen wir uns

dazu zunächst ein Land an, in dem das schon lange praktiziert wird – die USA.

Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten entscheiden nicht die Parteien über die Präsidentschaftskandidaten, sondern das Wahlvolk. So konnte 2008 ein gewisser Barack Obama seinen Siegeszug ins Weiße Haus antreten – obwohl er als gerade erst in den Senat gewählter Anwalt aus Illinois bis dahin landesweit kaum bekannt war.

Die Vorwahlen in den einzelnen Bundesstaaten richten sich – als "closed primaries" – teilweise nur an die eigenen Parteimitglieder, sind teilweise – als "open primaries" – aber auch für alle Wahlberechtigten offen. Einzige Einschränkung: Man muss sich für *eine* primary – oder einen caucus, also eine lokale Versammlung, bei welcher der Abstimmung Diskussionen über die zur Wahl stehenden Personen vorausgehen – entscheiden, darf also nicht an republikanischen und demokratischen Vorwahlen gleichzeitig teilnehmen.

Checks and balances: Kongress und Präsident in den USA

Nun könnte man einwenden: Was soll daran denn vorbildlich sein? Das Resultat der letztjährigen Vorwahlen heißt doch bekanntlich – Donald Trump. Nicht gerade ein ausgewiesener Verteidiger von Menschenrechten und Demokratie. Also schützt das US-amerikanische Wahlsystem doch auch nicht vor autokratischen Tendenzen.

Das ist einerseits richtig: Einen absoluten Schutz vor einer Infiltrierung von Wahlen durch populistisch-autoritäre Tendenzen gibt es nicht. Andererseits hat Donald Trump die Wahl vielleicht auch deshalb gewonnen, weil Joe Biden zu spät zurückgezogen hat und Kamala Harris sich dadurch nicht mehr den Vorwahlen stellen konnte. Dadurch hatte sie als Kandidatin eine geringere Legitimation.

Hinzu kommt: Donald Trump hat sich zwar schon vor Antritt seiner Präsidentschaft als omnipotenter Brüllaffe präsentiert. In der Realität ist es aber keineswegs ausgemacht, dass er einfach so durchregieren kann, wie er es sich vorstellt. So musste sein Kandidat für das Amt des Justizministers – Matt Gaetz – schon vor der Anhörung im Senat von der Kandidatur zurücktreten, weil absehbar war, dass er aufgrund seiner diversen Skandale keine Mehrheit erhalten hätte.

Dies zeigt, dass selbst eine Präsidentenmehrheit in beiden Kammern des Kongresses keine Garantie dafür bietet, sich auf ein reines Abnickerparlament stützen zu können. Gerade durch die Tatsache, dass Parteien- und Präsidentenwahl in den USA klar voneinander getrennt sind, versteht sich das Parlament als selbstbewusste Entscheidungsinstanz, die dem Präsidenten als kritisches Regulativ gegenübersteht. Dem entsprechen auch Rechte, die der deutsche Bundestag nicht hat – wie eben beispielsweise die Anhörung und darauf basierende Bestätigung oder Ablehnung der Kandidaturen um Ministerämter.

Vorwahlen für Kanzlerkandidaturen – ein Gedankenspiel

Spielen wir also einfach mal durch, wie Wahlen bei uns aussehen würden, wenn das Wahlvolk bei der Bestimmung des Chefpostens der Regierung mitentscheiden dürfte.

In der CDU hätte das bedeutet, dass Friedrich Merz und Markus Söder im Vorfeld der Bundestagswahlen des Jahres 2025 nicht einfach am privaten Stammtisch den Kanzlerkandidaten ausgekungelt hätten. Es hätte offene Vorwahlen gegeben, bei denen womöglich auch noch andere Interessierte ihren Hut in den Ring geworfen hätten.

Ähnlich wäre es bei der SPD gewesen. Olaf Scholz hätte nicht einfach sagen können: "Ich bin unverzichtbar!" Stattdessen wären auch hier die Parteimitglieder befragt worden – mit der absehbaren Folge, dass der Kanzlerkandidat nicht Scholz, sondern Boris Pistorius geheißen hätte.

Interessanterweise schießen die Parteien sich mit ihrer autokratischen Personalpolitik selbst ins Bein. Dadurch, dass sie es denen mit den größten Macht-Schalthebeln erlauben, selbst über ihre Kandidatur zu entscheiden, haben sie im aktuellen Fall ihre eigenen Wahlchancen vermindert. So hatten sowohl Merz als auch Scholz in Umfragen schlechter abgeschnitten als andere, die sich bei freien Vorwahlen um das Amt eventuell mitbeworben hätten.

Veränderter Moralkodex durch Auswahlmöglichkeiten bei der Kanzlerwahl

Der entscheidende Punkt ist allerdings, dass offene Vorwahlen einen anderen Moralkodex mit sich bringen würden. Beim gegenwärtigen, formal auf die Partei fokussierten Wahlsystem lautet der entscheidende Wert: Geschlossenheit. Wer den Machtanspruch des Alphas in Frage stellt, gilt als Nestbeschmutzer. So wird das demokratische Auswahlprinzip auf dem Altar der Parteidisziplin geopfert.

Wo dagegen Vorwahlen abgehalten werden, gilt es automatisch als Zeichen mangelnder Demokratie, wenn nur ein Kandidat zur Wahl steht. Der entscheidende Wert lautet daher hier: Vielfalt. Und: Die Person, die sich am Ende bei den Wahlen durchsetzt, hat eine größere Legitimation für ihre Kandidatur bzw. später für ihr Amt.

Die Ausdehnung der Wahlmöglichkeiten auf den Chefposten der Regierung müsste also keineswegs notwendigerweise mit mehr Au-

toritarismus einhergehen. Sie könnte dem zentralen Regierungsamt vielmehr gerade zu einer größeren Verankerung in der Demokratie verhelfen.

Hierfür wäre übrigens nicht unbedingt die Einführung von Vorwahlen nach US-amerikanischem Vorbild notwendig. Entsprechende Wahlmöglichkeiten ließen sich auch problemlos mit der Bundestagswahl selbst verbinden. Dafür müsste es nur eine zusätzliche Spalte unter den Parteien geben, wo die Wahlberechtigten ihr Kreuzchen bei dem Kanzlerkandidaten ihrer Wahl machen könnten.

"Kleinparteien" – ein unausgeschöpftes Ideenreservoir

Ein Blick unter die 5%-Hürde

Die so genannten "Kleinparteien" sind mediale Stiefkinder. In den Umfragen werden sie meist unter der Rubrik "Sonstige" zusammengefasst. Dabei wären einige von ihnen – wie diese Übersicht zeigt – eine echte Bereicherung im Chor der Parlamentsstimmen.



Monique Berry: Möwe (Pixabay)

Mediale Bevorzugung etablierter Parteien

Wenn über die Schein-Wahlen in autoritären Staaten berichtet wird, ist der Tenor oft: Formal war alles weitgehend in Ordnung, aber die Wahl war dennoch schon im Vorhinein entschieden – denn in den Medien waren fast nur der Machthaber und seine Vasallen präsent.

Dies ist bei uns natürlich anders. Ganz frei von einer Bevorzugung der Machthabenden ist aber auch unsere Berichterstattung über den Wahlkampf nicht. Schon in den Umfragen wird so getan, als müsste sich das Augenmerk nur auf diejenigen Parteien richten, die bereits an den Fleischtöpfen der Macht sitzen. Alle anderen werden unter "Sonstige" oder "übrige Parteien" zusammengefasst, als wären sie es nicht wert, wenigstens beim Namen genannt zu werden. In der sonstigen Berichterstattung über den Wahlkampf kommen sie ebenfalls kaum vor.

Vor diesem Hintergrund gibt es an dieser Stelle eine kurze Übersicht über die, die sonst unter den Tisch der 5%-Hürde fallen. Das sind relativ viele: Neben den acht derzeit im Bundestag vertretenen Parteien hat der Bundeswahlausschuss 33 weitere Parteien prinzipiell zur Wahl zugelassen. 24 Parteien wurde die Zulassung verweigert.

Die Entscheidung des Ausschusses beruhte dabei auf der Frage, inwieweit die Parteien – wie vom Grundgesetz vorgeschrieben – sich aktiv um eine Beteiligung an der politischen Willensbildung bemühen. Dies ist durch eine ausreichend hohe Mitgliederzahl sowie durch politische Aktivitäten wie entsprechende öffentliche Veranstaltungen, Internet-Auftritte und anderweitige aktive Präsenz im öffentlichen Raum nachzuweisen. Daneben gibt es formale Kriterien wie die fristgerechte Einreichung der Unterlagen auf dem Postweg und die vollständig ausgefüllten Zulassungsanträge des Parteivorstands.

Unterstützungsunterschriften – die Hürde vor der Hürde

Die vom Bundeswahlausschuss grundsätzlich zur Wahl zugelassenen Parteien mussten bis zum 20. Januar Landeslisten aufstellen und Unterstützungsunterschriften von 0,1 Prozent der Wahlberechtigten des jeweiligen Bundeslandes, mindestens aber 2.000 Unterschriften, bei den zuständigen Landeswahlausschüssen vorlegen. Diese entschieden dann am 24. Januar über die Zulassung der betreffenden Parteien.

Die Pflicht zum Sammeln von Unterschriften entfiel außer für die bereits im Bundestag vertretenen Parteien auch für zwei Parteien, die bereits in mindestens einem Landesparlament vertreten sind (das *Bündnis Deutschland* und die *Freien Wähler*), sowie für den Südschleswigschen Wählerverband, der als Vertretung der dänischen Minderheit einen Sonderstatus genießt.

Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl war die Frist zum Sammeln der Unterschriften von den sonst üblichen 69 auf 34 Tage verkürzt worden. Die Notwendigkeit des Nachweises von Unterstützungsunterschriften hat so noch mehr als sonst als eine Art "Hürde vor der Hürde" gewirkt, also neben der 5%-Hürde ein zusätzliches Hemmnis zur Teilnahme am demokratischen Mitbestimmungsprozess dargestellt.

Einigen Parteien ist es vor diesem Hintergrund – wenn sie überhaupt in allen Bundesländern Landeslisten aufgestellt haben – nicht in allen Bundesländern gelungen, genügend Unterstützungsunterschriften für die Zulassung zur Wahl vorzulegen. So konnten sie nicht bundesweit antreten und hatten dadurch noch weniger Chancen, die Sperrklausel zu überwinden.

Das Betteln um Unterschriften verhinderte zudem die Konzentration auf den Wahlkampf, den die etablierten Parteien schon vor Weihnachten eingeläutet hatten. Darüber hinaus verstößt es gegen das Gleichheitsgebot, wenn die Wahlberechtigten bei einer Bundestagswahl in den einzelnen Bundesländern aus unterschiedlichen Parteienspektren auswählen können, die Möglichkeit zur Wahl bestimmter kleinerer Parteien also vom Bundesland abhängt, in dem gewählt wird.

Zur Wahl zugelassene "Kleinparteien" nach Bundesländern

Die Entscheidungen der Landeswahlausschüsse über die Zulassung der kleineren Parteien sind wie folgt ausgefallen (Nichtzulassung zu meist aufgrund nicht ausreichender oder nicht ordnungsgemäß eingereichter Unterstützungsunterschriften):

Baden-Württemberg

Zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Bündnis C – Christen für Deutschland, Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Tierschutzpartei, Die PARTEI, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Volt

Nicht zugelassen: Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer, Piratenpartei, Partei der Humanisten, MERA25

Bayern

Zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Bayernpartei, Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Tierschutzpartei, Die PARTEI, Partei der Humanisten, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Volt

Nicht zugelassen: Cannabis Social Club, MERA25, Partei der Rentner (bereits vom Bundeswahlausschuss abgelehnt), Partei für Verjüngungsforschung, V-Partei³ - Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer, WerteUnion

Berlin

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Freie Wähler, Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, MERA25, Die PARTEI, Partei des Fortschritts, Sozialistische Gleichheitspartei, Tierschutzpartei, Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Partei der Humanisten, Partei der Rentner, Piratenpartei, Volkstimmen-Partei-Deutschland, WerteUnion (Partei der Rentner und Volkstimmen-Partei bereits vom Bundeswahlausschuss abgelehnt)

Brandenburg

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Tierschutzpartei, Die PARTEI, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), MERA 25, Partei des Fortschritts, Tierschutzpartei.

Bremen

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, Menschliche Welt – für das Wohl und Glücklichein aller, MERA25, Die PARTEI, Partei für Verjüngungsforschung, Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Partei des Fortschritts, Piratenpartei

Hamburg

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, Die PARTEI, Tierschutzpartei, Volt

Nicht zugelassen: MERA25, Piratenpartei

Hessen

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, Die PARTEI, Partei der Humanisten, Tierschutzpartei, Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Bündnis C – Christen für Deutschland (Bündnis C), Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer, MERA25, Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Piratenpartei

Mecklenburg-Vorpommern

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, Tierschutzpartei, Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Piratenpartei, WerteUnion

Niedersachsen

Zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, die PARTEI, Partei der Humanisten, Piratenpartei, Tierschutzpartei, Volt

Nicht zugelassen: MERA25, Partei des Fortschritts, WerteUnion

Nordrhein-Westfalen

Zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer, Marxistisch-Leninistische Partei, MERA25, Die PARTEI, Partei des Fortschritts, Tierschutzpartei, Volt, WerteUnion

Nicht zugelassen: Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung, Bündnis C – Christen für Deutschland, Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch (DAVA), Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Partei der Humanisten, Piratenpartei

Rheinland-Pfalz

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), die PARTEI, Tierschutzpartei, Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Partei der Humanisten, Partei des Fortschritts

Saarland

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, Piratenpartei, Tierschutzpartei, Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Sachsen

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, die PARTEI, Partei der Humanisten, Piratenpartei, Tierschutzpartei, Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis), Bündnis C – Christen für Deutschland, MERA25 – Gemeinsam für Europäische Unabhängigkeit, Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Sachsen-Anhalt

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, die PARTEI, Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Piratenpartei, Tierschutzpartei

Schleswig-Holstein

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, die PARTEI, Südschleswigscher Wählerverband (SSW), Volt

Nicht zugelassen: Basisdemokratische Partei (dieBasis), Tierschutzpartei

Thüringen

Zugelassen: Bündnis Deutschland, Freie Wähler, Marxistisch-Leninistische Partei, Volt

Nicht zugelassen: Partei des Fortschritts, Piratenpartei, Tierschutzpartei

Übersicht über die zur Wahl angetretenen "Kleinparteien"

In allen Bundesländern auf dem Wahlzettel: **Bündnis Deutschland, MLP (Marxistisch-Leninistische Partei) und Volt**

In allen Bundesländern außer in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und dem Saarland: **die PARTEI**

In Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen: **Tierschutzpartei**

In Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen: **Basisdemokratische Partei (dieBasis)**

In Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen: **Partei der Humanisten**

In Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen: **MERA25**

In Niedersachsen, Sachsen und im Saarland: **Piratenpartei**

In Bayern und Rheinland-Pfalz: **Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)**

In Berlin und Nordrhein-Westfalen: **Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer und Partei des Fortschritts**

Nur in Baden-Württemberg: **Bündnis C – Christen für Deutschland**

Nur in Bayern: **Bayernpartei**

Nur in Berlin: **Bürgerrechtsbewegung Solidarität und Sozialistische Gleichheitspartei**

Nur in Bremen: **Partei für Verjüngungsforschung**

Nur in Nordrhein-Westfalen: **WerteUnion**

Nur in Schleswig-Holstein: **Südschleswigscher Wählerverband (SSW)**

Speed-Dating mit Kleinparteien

Im Folgenden werden alle so genannten "Kleinparteien" vorgestellt, die vom Bundeswahlausschuss zur Wahl zugelassen worden waren – unabhängig davon, ob sie genügend Unterschriften für die Zulassung zur Wahl in den einzelnen Bundesländern vorweisen konnten.

Angesichts der relativ großen Anzahl dieser Parteien kann die Vorstellungsrunde nur in der Art eines "Speed-Datings" erfolgen. Vielleicht kann dies aber dennoch dazu verhelfen, ein etwas klareres Bild von den Parteien zu bekommen. Nähere Informationen lassen sich dann ja problemlos über deren Websites erhalten.

Bei manchen der vorgestellten Parteien werden die meisten es zugegebenermaßen nicht bedauern, dass die 5%-Hürde ihnen den Einzug ins Parlament verwehrt. Viele andere auf der Liste würden den Parlamentschor aber zweifellos mit ihrer Stimme bereichern.

Im EU-Parlament, wo einige der so genannten "Kleinparteien" bei der letzten Wahl aufgrund der fehlenden Sperrklausel Mandate errungen haben, geschieht dies bereits. Dort haben sich deren Abgeordnete größeren Fraktionsgemeinschaften angeschlossen – was zeigt, dass die Widerspiegelung demokratischer Vielfalt nicht mit einer Zersplitterung des Parlaments einhergehen muss.

Dies könnte, möchte man meinen, doch auch ein Modell für Deutschland sein. Stattdessen fährt der Zug aber genau in die entgegengesetzte Richtung. Nicht zuletzt auf Druck aus Deutschland hat der Rat der Europäischen Union zur nächsten Wahl des EU-Parlaments im Jahr 2029 die verpflichtende Einführung einer Sperrklausel in allen Mitgliedsländern beschlossen. Diese soll zwischen zwei und fünf Prozent liegen und würde damit die kleineren Parteien auch auf EU-Ebene von der Mitbestimmung ausschließen.

Kurzporträts der "Kleinparteien" in alphabetischer Reihenfolge

Basisdemokratische Partei Deutschlands (dieBasis): 2020 als politischer Arm der Querdenker-Bewegung gegründete Partei mit Hang zu Verschwörungstheorien und rechtspopulistischen bis rechts-extremen Positionen; tritt außer für mehr Basisdemokratie auch für eine entschlosseneren Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen ein, deren Ablehnung ein wichtiger Impuls für die Parteigründung war; dementsprechend auch impfskeptische Positionen und Verharmlosung der Corona-Pandemie

in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen auf dem Wahlzettel vertreten

Bayernpartei: traditionsreiche Partei, die für die Loslösung Bayerns aus der Bundesrepublik eintritt; erzielte bei der ersten Bundestagswahl 1949 4,2 Prozent der Stimmen und zog wegen der damals noch pro Bundesland geltenden 5%-Hürde mit 17 Abgeordneten ins Parlament ein; in den 1950er und 1960er Jahren zeitweilig auch an der bayerischen Regierung beteiligt; heute nur noch auf kommunalpolitischer Ebene von Bedeutung

nur in Bayern auf dem Wahlzettel

Bündnis C – Christen für Deutschland: 2015 durch die Fusion der *Partei Bibeltreuer Christen* und der *Partei für Arbeit, Umwelt und Familie* (AUF) entstandene Partei; tritt entsprechend der Namensgebung für eine Stärkung christlicher Werte ein; konservatives Familienbild, das den Kindern durch die Förderung von Homeschooling vermittelt werden soll; tritt für eine Rückkehr zum Nationalstaatsgedanken ein

nur in Baden-Württemberg auf dem Wahlzettel

Bündnis Deutschland: 2022 gegründete Partei mit konservativ-wirtschaftsliberaler Ausrichtung; entstanden als Sammlungsbewegung von zuvor in anderen Parteien mit ähnlicher Ausrichtung aktiven Mitgliedern; durch Fusion mit der Bremer Partei *Bürger in Wut* in der Bremer Bürgerschaft vertreten und dadurch automatisch zur Teilnahme an der Bundestagswahl berechtigt; durch Eintritt des früheren AfD-Politikers Uwe Witt in die Partei seit Ende 2024 im Bundestag vertreten

in allen Bundesländern auf dem Wahlzettel

Bürgerrechtsbewegung Solidarität: 1992 aus den Vorgängerparteien *Europäische Arbeiter-Partei* und *Patrioten für Deutschland* hervorgegangene Partei; Nähe zur vom US-amerikanischen Politiker Lyndon LaRouche gegründeten LaRouche-Bewegung, die durch eine Nähe zum einstigen irakischen Diktator Saddam Hussein aufgefallen war; Hang zu antisemitischen und verschwörungstheoretischen Ansichten

nur in Berlin auf dem Wahlzettel

Cannabis Social Club: Ende 2024 gegründete Partei, die für die uneingeschränkte Legalisierung von Cannabis in Deutschland eintritt; plädiert außerdem für einen Austritt Deutschlands aus der Weltgesundheitsorganisation und mehr Skepsis gegenüber mRNA-Impfungen; politischer Arm der *Cannabis Social Clubs* – Vereinen, die den Anbau von Cannabis für ihre Mitglieder organisieren

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch (DAVA): im November 2024 aus dem gleichnamigen, Anfang des Jahres gegründeten Verein hervorgegangene Partei; das Parteikürzel greift den ara-

bischen Begriff "Da'wa" auf, der im Koran den Ruf Gottes bzw. das Angesprochenwerden der Gläubigen durch Gott bezeichnet, im weiteren Sinne aber auch missionarische Tätigkeit für den Islam und damit verbundene politische Aktivitäten oder auch allgemein den "richtigen, gottgefälligen Weg" meint; in diesem Sinne auch vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gebraucht; dementsprechend Nähe der Parteispitze zur türkischen Regierungspartei AKP; tritt für mehr Toleranz gegenüber Andersgläubigen und nationalen Minderheiten sowie insbesondere für den Abbau von Vorurteilen gegenüber dem Islam ein

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Dr. Ansay Partei (DrA): gegründet von dem Hamburger Unternehmer und Juristen Can Ansay, der ein ebenso einträgliches wie fragwürdiges Geschäft mit dem Online-Vertrieb von Krankschreibungen und Corona-Bescheinigungen sowie von Cannabis für medizinische Zwecke aufgezogen hat; populistisches Programm, das durch die Einführung einer "Staats-KI" Milliarden einsparungen in der Verwaltung und durch die Einführung einer "Volks-App" mehr Bürgerbeteiligung verheißt

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Freie Sachsen: 2021 von ehemaligen Mitgliedern der NPD und der Partei *Die Heimat* gegründete Partei mit rechtspopulistischer bis rechtsextremer Ausrichtung; vertritt Verschwörungstheorien bei Klimawandel und Corona-Pandemie und spielt mit dem Gedanken einer Loslösung Sachsens aus der Bundesrepublik

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Freie Wähler: der dickste Fisch im Sammelbecken der "Sonstigen"; liberal-konservative Partei, die in Umfragen zur Bundestagswahl um die 2-Prozent-Marke pendelt; zunächst vor allem kommunalpolitisch aktiv, 2009 als Bundespartei gegründet; im bayerischen und rheinland-pfälzischen Landtag vertreten, in Bayern seit 2008 an der Regierung beteiligt

in allen Bundesländern auf dem Wahlzettel vertreten

Gartenpartei: 2013 aus dem Widerstand gegen die geplante Umwidmung von Kleingartenanlagen in Bauland in Magdeburg hervorgegangene Partei; trat zunächst bei der Magdeburger Stadtratswahl und dann auch bei den Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt an (Ergebnis 2024 0,8 Prozent, bei der Magdeburger Stadtratswahl desselben Jahres 4,6 Prozent); tritt für einen maßvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und ein harmonisches Mensch-Umwelt-Verhältnis ein

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Die Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer: Ende November 2020 von dem 1940 geborenen ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten, Vorstandsmitglied des Burda-Konzerns und Kritikers der US-Interventionen im Irak und in Afghanistan Jürgen Todenhöfer gegründete Partei; spricht sich u.a. gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und Waffenexporte in Krisenregionen aus und tritt für die Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen durch einen entschlossenen Bürokratieabbau ein

in Berlin und Nordrhein-Westfalen auf dem Wahlzettel

Liberalen Demokraten – Die Sozialliberalen: Ende 1982 von ehemaligen FDP-Mitgliedern gegründet, die mit dem Wechsel ihrer einsti-

gen Partei von einer SPD- zu einer CDU-geführten Koalition nicht einverstanden waren; dementsprechend Konzentration nicht auf die wirtschaftsliberalen, sondern auf die sozialpolitischen Elemente des Liberalismus, ausgedrückt etwa in der Befürwortung der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, eines einheitlichen Gesamtschulsystems in ganz Deutschland und einer Stärkung von Privatsphäre und Brief- bzw. "Kommunikationsgeheimnis"; europapolitisch Eintreten für eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit hin zu einer Europäischen Republik

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Die LIEBE (Europäische Partei Liebe – EPL): deutscher Ableger der 2018 gegründeten, europaweit aktiven *Parti Européen L'Amour*; Vorstand russisch dominiert; Vorsitzender ist der ehemalige New-Economy-Akteur und Bürgermeister des südrussischen Stawropol, Dmitri Kusmin, der Russland Ende 2007 wegen seiner Opposition zum Kreml verlassen musste; progressives Programm (u.a. vertiefte europäische Integration, Geschlechtergerechtigkeit, bezahlbare medizinische Versorgung), aber straffe, an den Realsozialismus erinnernde Parteiorganisation mit einem "Obersten Rat" als höchstem Gremium, einem in der Satzung verankerten Führerkult um den amtierenden Vorsitzenden über dessen Amtszeit hinaus und einer Pflicht zur Abführung von bis zu 40 Prozent der Einnahmen der Parteigliederungen aus den einzelnen Ländern an die europäische Mutterpartei

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands: 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands hervorgegangene Partei; Programm – entsprechend der Namensgebung – an den Theorien

von Karl Marx und Wladimir Iljitsch Lenin angelehnt, aber auch mit Anleihen bei Josef Stalin und dem chinesischen Maoismus; Ziel ist dementsprechend eine klassenlose Gesellschaft, wobei aus der Kritik am Kapitalismus allerdings auch die Forderung nach einer entschiedenen Hinwendung zu umweltfreundlicheren Produktionsformen abgeleitet wird

in allen Bundesländern zur Wahl auf dem Wahlzettel vertreten

Menschliche Welt: 2013 gegründete Partei, die "für das Wohl und Glücklichein aller" eintritt; gemäß des Gründungsortes – im spirituellen Zentrum *Ananda Ashram* im oberschwäbischen Wolfegg – Orientierung an indischer Spiritualität, die in entsprechenden Führungsseminaren als Handlungsgrundlage vermittelt wird; Hang zu Sektierertum und Verschwörungstheorien, u.a. bei der Haltung zum Klimawandel und zur Corona-Pandemie

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

MERA25: deutscher Ableger der paneuropäischen Partei *Democracy in Europe Movement 2025*, die 2016 vom ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis als Reaktion auf die soziale Schieflage bei der Bewältigung der globalen Finanzkrise gegründet wurde; MERA ist der griechische Name der Partei und eine Abkürzung für "Bündnis für realistischen politischen Ungehorsam"; zugleich bedeutet "MERA" "Tag" und entspricht damit der Abkürzung der europäischen Dachpartei (DIEM); Hauptforderungen der Partei sind neben mehr sozialer Gerechtigkeit eine humanere Migrationspolitik und eine Stärkung des demokratischen Elements bei Entscheidungsprozessen innerhalb der EU

in Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen auf dem Wahlzettel

Die Neue Mitte: 2013 von dem 1956 geborenen Journalisten Christoph Hörstel gegründete Partei, die zwischenzeitlich in der Partei *Deutsche Mitte* aufging, ehe sie 2017 erneut als eigene Partei gegründet wurde; parteipolitische Ausrichtung entspricht der Putin-Nähe von Hörstel, der des Öfteren im Kreml-finanzierten Sender RT und beim russischen Sender Ren-TV aufgetreten ist und die Scheinreferenden zur Annexion der von Russland beanspruchten ostukrainischen Gebiete gutgeheißen hat: Forderung nach engeren Beziehungen zu Russland, dem Iran und der Türkei, außerdem nach Wiedereinführung der D-Mark und Wiedererlangung voller nationaler Souveränität

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Ökologisch-Demokratische Partei: 1982 aus der *Arbeitsgemeinschaft Ökologische Zukunft*, der *Grünen Aktion Zukunft* sowie der *Grünen Liste Umweltschutz Hamburg* hervorgegangene Partei; seit 2014 mit einem Sitz im EU-Parlament vertreten; tritt für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und einen verbesserten Tierschutz ein und plädiert dabei auch für einen weniger verschwenderischen Lebensstil; Parteiprogramm christlich-humanistisch fundiert, dementsprechender Akzent auf Familienförderung

in Bayern und Rheinland-Pfalz auf dem Wahlzettel vertreten

Die PARTEI – Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative: 2004 von Redakteuren des Satire-Magazins *Titanic* um Martin Sonneborn gegründete Partei; anfangs als Persiflage des Polit-Betriebs gegründet, spätestens seit Martin Sonneborns Einzug ins EU-Parlament im Jahr 2014 aber als reale politische Kraft aktiv; seitdem Schwanken zwischen Spaß-Appellen (z.B. Neubau der Berliner Mauer) und ernsthaften Forderungen

gen (z.B. mehr Basisdemokratie); Nähe zu Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer, deren Aufruf zur Beendigung der Waffenhilfe für die Ukraine Sonneborn als einer der Ersten unterzeichnete; Ankunft im regulären Polit-Betrieb auch durch diverse Skandale bezeugt (u.a. sexuelle Übergriffe, Porno-Videos eines Direktkandidaten)

in allen Bundesländern außer in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und dem Saarland auf dem Wahlzettel vertreten

Partei der Humanisten: 2014 aus der Facebook-Gruppe *Initiative Humanismus* hervorgegangene Partei, die sich selbst als "rational-liberale Partei der Moderne" beschreibt; tritt u.a. für eine stärkere Trennung von Staat und Religion, eine technologieoffene Bekämpfung des Klimawandels einschließlich einer Neubewertung der Kernkraft und eine Vertiefung der Europäischen Union im Sinne eines Europas der Regionen ein

in Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen auf dem Wahlzettel

Partei des Fortschritts (PdF): 2020 gegründete Partei, die sich für eine transparente Politik einsetzt, die Klientelismus und Lobbyismus einschränken hilft; tritt zu diesem Zweck auch für eine beschleunigte Digitalisierung der Verwaltung und der Kommunikation mit den Behörden ein; hiervon auch europapolitische Positionen beeinflusst, die ebenfalls von der Forderung nach mehr Transparenz und einer Stärkung des demokratischen Elements – in Gestalt des EU-Parlaments – geprägt sind; Digitalisierung auch in der Bildung als Mittel für mehr Chancengleichheit angesehen, Letztere auch ein Grundelement bei den sozialpolitischen Forderungen; seit der Europawahl 2024 mit einem Sitz im EU-Parlament vertreten

in Berlin und Nordrhein-Westfalen auf dem Wahlzettel

Partei für Verjüngungsforschung: 2015 unter dem Namen "Partei für Gesundheitsforschung" gegründete Partei, die sich 2022 in "Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung" umbenannte, ehe sie sich Ende 2024 den aktuell gültigen Namen gab; setzt sich für die gezielte Erforschung und Förderung von Methoden zum möglichst langen gesunden Leben ein, wovon sowohl die Vermeidung unnötigen Leids als auch – durch die Reduzierung von Kosten für Behandlung und Medikamente – ein volkswirtschaftlicher Nutzen erwartet wird

nur in Bremen auf dem Wahlzettel

Piraten (Piratenpartei): im September 2006 nach dem Vorbild der zu Beginn desselben Jahres in Schweden gegründeten *Piratpartiet* aus der Taufe gehoben; im September 2013 Mitbegründerin der *European Pirate Party*; Hauptschwerpunkt ist die digitale Welt, wo einerseits ein freier Umgang mit Urheberrechten und andererseits ein besserer Schutz der Privatsphäre vor Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen von Staat und multinationalen Konzernen gefordert wird; davon abgeleitet auch Forderung nach mehr Transparenz in Verwaltung und Regierungstätigkeit durch Digitalisierung der Arbeitsprozesse und Online-Dokumentation; zeitweilig in den Landesparlamenten des Saarlands sowie von Berlin, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein vertreten; im EU-Parlament 2014 und 2019 mit je einem Sitz vertreten; seit den Wahlen von 2024 nur noch ein Vertreter der Europäischen Piraten im EU-Parlament – aus Tschechien, wo die Partei von 2021 bis 2024 an der Regierung beteiligt war und von 2018 bis 2023 den Oberbürgermeister von Prag stellte

ritt in Niedersachsen, Sachsen und im Saarland auf dem Wahlzettel

Sonstige (Die Sonstigen): Partei der friesischen Minderheit; hat als solche – nach dem Vorbild des Südschleswigschen Wählerverbandes, der Partei der dänischen Minderheit – die Befreiung von der 5%-Hürde beantragt, war damit aber nicht erfolgreich; setzt sich für eine neue politische Kultur ein, in der nicht ideologische Grenzziehungen, sondern die Bereitschaft zum Dialog und die Anerkennung kultureller Vielfalt an erster Stelle stehen; tritt für eine Förderung regionaler Kulturen und von Minderheitensprachen sowie einen besseren Klima- und insbesondere Küstenschutz ein

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Sozialistische Gleichheitspartei (SGP), Vierte Internationale: 1971 als *Bund Sozialistischer Arbeiter* gegründete trotzkistische Partei, die von 1997 bis 2017 unter dem Namen *Partei für Soziale Gleichheit* firmierte und als deutscher Ableger des Internationalen Komitees der Vierten Internationale fungiert; sieht das Scheitern der realsozialistischen Staaten des ehemaligen Ostblocks in der Abkehr von den Idealen des Marxismus begründet, insbesondere in der Abkehr vom Internationalismus und des Aufbaus einer Parteidiktatur statt der Herrschaft der Arbeiterklasse; strebt dementsprechend eine neue internationale Arbeiterbewegung mit dem Ziel einer egalitären, von den ursprünglichen Idealen des Marxismus getragenen Gesellschaft an

nur in Berlin auf dem Wahlzettel

Südschleswigscher Wählerverband: als Partei der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein verankert; durch Minderheitenschutz sowohl dort als auch bei Bundestagswahlen von der 5%-Hürde befreit; in Schleswig-Holstein dauerhaft, im Bundestag seit 2021 mit einem Mandat vertreten, nach zuvor 60-jähriger Abstinenz bei Bun-

destagswahlen; engagiert sich auch für die Rechte der friesischen Minderheit in Schleswig-Holstein sowie allgemein für eine Förderung der Kultur nationaler Minderheiten; hierfür Forderung einer Stärkung der Kommunen; Befürwortung einer humanen und planvollen Migrationspolitik, außerdem einer sozial ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik

nur in Schleswig-Holstein auf dem Wahlzettel

Tierschutzpartei (Partei Mensch Umwelt Tierschutz): 1993 als weltweit erste Partei ihrer Art gegründet; errang 2021 mit 1,5 Prozent der Stimmen den zweiten Platz unter den "Kleinparteien" (hinter den Freien Wählern); 2014 erstmals ins EU-Parlament eingezogen, wo auch 2019 und 2024 jeweils ein Sitz erobert wurde; der namensgebende Tierschutz bezieht sich nicht nur auf ein Verbot von Massentierhaltung und unnötiges Tierleid bei Jagd und Tierversuchen, sondern auf eine neue Sicht auf das Verhältnis von Mensch und Tier, das entsprechend der Tierrechtsbewegung von einem eigenen Lebensrecht der Tiere ausgeht

in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen auf dem Wahlzettel vertreten

Unabhängige für bürgernahe Demokratie: 2002 im bayerischen Kaufbeuren gegründete Partei, die 2004 durch die Fusion mit den nordrhein-westfälischen und baden-württembergischen Parteien *bürger macht politik* (bmp) bzw. *buerger zu buerger.de* in zwei weiteren Bundesländern Landesverbände erhielt; Hauptziel ist eine stärkere Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide sowie eine kandi-

daten- statt parteibezogene Wahl, was auch eine abweichende Programmatik je nach unterstützter Kandidatur ermöglicht

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Volksabstimmung (Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung. Politik für die Menschen): 1997 gegründete Partei, die seitdem unter teils leicht abweichenden Bezeichnungen an Wahlen teilgenommen hat; möchte Volksabstimmungen zur Durchsetzung populistisch-fremdenfeindlicher Ziele nutzen; tritt für verstärkte Grenzkontrollen und die Wiedereinführung der D-Mark ein; vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz zeitweilig als rechtsextrem eingestuft

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

Volt: 2018 unter dem Dach der 2017 ins Leben gerufenen Bewegung *Volt Europa* gegründete Partei; seit 2019 mit einem, seit 2024 mit drei Abgeordneten im EU-Parlament vertreten (zwei weitere Abgeordnete über niederländische Landesliste ins Parlament eingezogen); "Volt" steht als einheitliche Maßeinheit für gemeinsame Werte und neue Energie für Europa; tritt für eine Vertiefung der europäischen Einigung bei gleichzeitig verstärkter Demokratisierung über mehr Rechte für das EU-Parlament ein; sieht die Abkehr vom europäischen Projekt durch populistische Parteien u.a. in einer verstärkten sozialen Kluft begründet und tritt deshalb für eine aktive Sozialpolitik ein, finanziert auch durch eine effektivere Unternehmensbesteuerung – in Verbindung mit einer EU-weiten Angleichung der Steuersätze

in allen Bundesländern zur Wahl auf dem Wahlzettel vertreten

V-Partei³ – Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer: 2016 gegründete Partei, die sich entsprechend ihrem Namen für einen veränderten Umgang mit Tieren und natürlichen Ressourcen sowie eine stärkere Berücksichtigung des Zusammenhangs von Essgewohnheiten und Naturzerstörung bzw. Klimawandel einsetzt; engagiert sich dementsprechend auch für eine Umstellung der Landwirtschaft auf ökologische und auf den Veganismus hinarbeitende Anbaumethoden sowie für eine dementsprechende Produktionsweise von Lebensmitteln und darauf hinwirkende Verbraucherinformationen

nicht auf dem Wahlzettel vertreten

WerteUnion: im Februar 2024 aus dem gleichnamigen, 2017 gegründeten Verein hervorgegangen, der CDU und CSU wieder stärker zur Besinnung auf ihre ursprünglichen konservativen Werte bewegen wollte; Vorsitzender ist der ehemalige CDU-Politiker und Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, der aufgrund verharmlosender Äußerungen zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz im Jahr 2018 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war; tritt für den Schutz der traditionellen Familie, deregulierende Maßnahmen in der Wirtschaft und eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts orientierte Migrationspolitik ein; in Teilen der Partei Nähe zu Klimawandelleugnern

nur in Nordrhein-Westfalen auf dem Wahlzettel

Die Parteien als Wächter über politische Inhalte

Wenn Inhalte im Parteienschatten verschwinden

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es im Grundgesetz. Im politischen Alltag geht aber alle Macht von den Parteien aus. Sie bestimmen auch, über welche Inhalte wir bei den Wahlen abstimmen können – und über welche nicht.



Gerd Altmann: Konversation (Pixabay)

Die Folgen einer parteien- statt inhaltszentrierten Wahl

Alle vier Jahre umschmeicheln die Machthabenden das Volk wie Hunde, die einen fleischbesetzten Knochen umschwänzel: "Du, Volk", heißt es dann, "bist der wahre Souverän, du allein hältst die Macht in Händen, du bist es, der uns die Krone in die Hand gibt und sie uns wieder entzieht, wenn wir deinen Ansprüchen nicht genügen!"

Dabei wissen wir natürlich allen Schmeicheleien zum Trotz: Nicht das Volk ist der wahre Souverän in unserem Staat. Die eigentliche Macht geht von den Parteien aus. Natürlich verändern sich die Machtstrukturen im Parlament immer wieder durch die Wahlen. Mal hat die eine Partei mehr Macht, mal die andere. Das ändert jedoch nichts daran, dass wir eben nicht in erster Linie über Inhalte abstimmen, sondern über Parteien, die für bestimmte Inhalte stehen.

Dies bleibt auch nicht ohne Folgen für die Inhalte. Das Wahlprozedere färbt in spezifischer Weise auf diese ab. Daraus ergeben sich die folgenden Probleme:

Die Wahl als Themenspektrumswahl

Dadurch, dass wir nicht über einzelne Inhalte abstimmen können, sondern nur über Parteien, die diese Inhalte in ihren Programmen in bestimmter Weise akzentuieren, wird die Wahl zu einer Themenspektrumswahl. Dabei wird den Wahlberechtigten zugemutet, sich auf die Akzentsetzungen festzulegen, die eine bestimmte Partei zu einem ganzen Strauß an Themen vorgenommen hat. Dass "der Souverän" – sprich: das Volk – eigene Akzentsetzungen vornimmt, ist nicht vorgesehen.

Mainstream-Inhalte

Bei zahlreichen Themen herrscht zwischen den großen Parteien Einigkeit. Die Wahlmöglichkeit bezieht sich hier also nicht auf inhaltliche Ausrichtungen, sondern lediglich auf die Verpackung – wie bei der Wahl zwischen zwei Waschmitteln, die sich nur minimal in ihrer Reinigungskraft voneinander unterscheiden.

Unverbindlichkeit der Wahlversprechen

In den heutzutage standardmäßig zu erwartenden Koalitionsregierungen können die Parteien den Wahlberechtigten das Blaue vom Himmel versprechen. Hinterher können sie immer sagen: "Demokratie ist die Kunst des Kompromisses. Leider konnten wir unsere Maximalforderungen bei unseren Koalitionspartnern nicht durchsetzen." Selbst klarste inhaltliche Festlegungen sind so nach der Wahl plötzlich nichts mehr wert und werden im Koalitions-Wischwaschi weichgespült oder gar ins Gegenteil verkehrt.

Falsche Partei – richtige Inhalte

Der Vorrang der Partei vor den Inhalten führt dazu, dass Wahlberechtigte in manchen Fällen vor einem Dilemma stehen. Dies ist dann der Fall, wenn ein ihnen wichtiges Thema nur von einer Partei in den Vordergrund gestellt wird, die ihren Einstellungen ansonsten widerspricht. Hier hat man dann nur die Wahl zwischen einer Preisgabe der eigenen Grundüberzeugungen und der Akzentuierung eines Themas, das einem besonders am Herzen liegt.

Assoziierung von Partei und Inhalten

Hinzu kommt, dass durch den Vorrang der Parteien auch die Inhalte nicht für sich stehen, sondern mit den Parteien identifiziert werden, die sie vertreten. Dies gilt natürlich insbesondere für Themen, die nicht im Fokus der großen Parteien stehen. Der Mietpreisdeckel wird so nicht als sinnvolle Maßnahme für mehr soziale Gerechtigkeit, sondern als eine Forderung der Linken diskutiert.

Ebenso wird die Kritik an exzessivem Gendern [1] und Windkraft [2] mit der AfD identifiziert, weil sie diese Themen als einzige größere Partei in den Vordergrund stellt. Dies wird für die anderen Parteien als Freifahrtschein gesehen, in beiden Themenfeldern die durchaus ernst zu nehmenden kritischen Stimmen schlicht zu ignorieren [1].

Verschwiegene Inhalte

Manche Inhalte sucht man auch bei allen Parteien vergebens. So ist beispielsweise der Lärmschutz ein Thema, dessen Bedeutung durch immer mehr lärmintensive Geräte, private Brennholzherstellung und zunehmenden Verkehr immer wichtiger wird [3]. Die gesundheitlichen Belastungen, die durch immer mehr Lärm entstehen, betreffen dabei gerade den Bereich, der ohnehin schon an der Spitze aller Statistiken in diesem Feld steht: die Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dennoch gibt es keine Partei, die diesem Thema im Wahlkampf eine zentrale Rolle einräumen würde.

Fake-Inhalte

Die parteienzentrierte Wahl verführt die Parteien auch dazu, es mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen. Inhalte werden verdreht oder für die eigenen Zwecke uminterpretiert. Im Vordergrund steht

nicht die differenzierte Auseinandersetzung mit den Themenbereichen, sondern die Erzeugung einer für die eigene Partei günstigen Stimmung. Dadurch wird nicht selten eher dem Stammtisch nach dem Munde geredet, als der Wahrheit treu zu bleiben.

Dies betrifft natürlich insbesondere das Thema "Migration", wo statt der faktisch notwendigen Zuwanderungspolitik lieber Sündenbock- und "Das-Boot-ist-voll"-Rhetorik in den Vordergrund gestellt werden. Aber auch bei der schulischen Inklusion wird hierzulande gegen alle wissenschaftlichen Expertisen und im Widerspruch zur von Deutschland mit unterzeichneten *UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen* das Förderschulsystem verteidigt, weil es im segregationsverliebten Deutschland als heilige Kuh gilt [4].

Vorschläge für eine stärker inhaltsorientierte Wahl

Eine echte inhaltszentrierte Wahl wäre nur durch eine Abkehr vom Parteienstaat möglich. Aber auch innerhalb desselben ist eine stärkere inhaltliche Orientierung und eine Verpflichtung auf wahrheitsgetreue Argumentation möglich. Dem könnten etwa die folgenden Maßnahmen dienen:

Stärkere Gewichtung von Petitionen

Dass die direkte Ansprache des Volkes an das Parlament unter dem Begriff "Petition" firmiert, wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie diese Ansprache von den Parteien bewertet wird. Denn der Begriff geht auf das lateinische "petitio" zurück, das sich mit "Bitte" oder "Gesuch" übersetzen lässt. Das Volk, vor den Wahlen als "Souverän" umschmeichelt, wird vom Polit-Adel ansonsten also lediglich als lästiger Bittsteller wahrgenommen.

Dies ließe sich ändern, wenn Petitionen nicht mehr im Petitionsausschuss versanden, sondern ab einer bestimmten Unterschriftenzahl als verpflichtende Aufforderung zur eingehenderen Auseinandersetzung mit dem betreffenden Thema verstanden würden. Dabei müssten auch Fachleute eingebunden werden. Diese wären je zur Hälfte vom Parlament und denen, die die Petition unterzeichnet haben, zu wählen. Dadurch könnten politisch genehme Vorfestlegungen vermieden und der Einfluss von Lobbyinteressen begrenzt werden.

Stärkere Gewichtung von Fachausschüssen

Größeren Gesetzesvorhaben gehen in der Regel Anhörungen betroffener Verbände voraus. Außerdem wird die Einschätzung von Fachleuten eingeholt, und es werden entsprechende Ausschüsse eingerichtet.

All das hat jedoch nur beratende Funktion. Die Politik kann jederzeit nach der Maßgabe verfahren: "Auch wenn die Fachleute uns sagen, dass die Erde rund ist – politisch erscheint es uns dennoch opportun, von einer Scheibenform auszugehen."

Auch dies ließe sich sehr einfach vermeiden, wenn dem Votum der Fachleute mehr Gewicht gegeben würde. Bei einer eindeutigen wissenschaftlichen Erkenntnislage müsste es für die Politik verpflichtend werden, entsprechend zu handeln. Auf diese Weise würden wir beispielsweise sehr schnell Lärmschutzgesetze, die den Namen verdienen, und eine humanere Migrationspolitik erhalten.

Einrichtung von Anti-Fake-Kommissionen

Viel ist in der Politik von den fake-verseuchten sozialen Medien oder von den Fake-Populisten in anderen Ländern die Rede. Dass man es selbst bei der Anpreisung der eigenen Politik nicht so genau nimmt mit der Wahrheit, wird dagegen tunlichst verschwiegen – wenn es überhaupt bemerkt wird. Wer Unwahrheiten oft genug wiederholt, glaubt am Ende bekanntlich oft selbst daran.

Dem ließe sich durch die Einrichtung von Kommissionen entgegenwirken, welche die politischen Aussagen und die Wahlpropaganda auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen würden. Bei einer mangelnden Übereinstimmung von Aussage und Realität gäbe es eine Rüge, im Wiederholungsfall eine Anzeige wegen Falschaussage und Irreführung des Volkes.

Links und Nachweise

[1] Ausführliche Essays zum Thema:

[Zehn Argumente gegen das gesprochene Gendersternchen.](#)

Eine Kritik der Unkritisierbaren.

[Geschlechtergerechtigkeit als Zungenbrecher.](#) Wie die sprachlichen Gender-Dogmen die Genderdiskussion diskreditieren.

[2] Nachweise und Links in den Glossaren zum Thema auf rotherbaron:

[Das Windstromkartell.](#) Wie die Windkraftlobby zur Durchsetzung ihrer Ziele Natur, Gesundheit und Demokratie schädigt (PDF; als E-Book erhältlich unter dem Titel Kritik der Windkraft).

Kurzfassung: Das Heilige Windrad als Höllenmaschine. Natur- und klimaschädliche Auswirkungen der Windkraft (PDF).

- [3] Vertiefte Auseinandersetzung mit der Thematik und Nachweise in: [Die Freiheit des Rasenmähenden. Lärm als verfassungsrechtliches Problem](#); erweiterte Fassung Juni 2024 (PDF).
- [4] Für die mangelnde Umsetzung der in der Konvention festgelegten Rechte behinderter Menschen ist Deutschland sowohl 2015 als auch 2023 im Staatenbericht der UN gerügt worden (vgl. Grimm, Jonas: [Teilhabe behinderter Menschen: UN rügt deutsche Inklusion](#)[spraxis]; taz, 13. September 2023).

Die linke Flanke war schon immer sehr brüchig im deutschen Parlamentarismus-Gebirge. Würde sie vollständig wegbrechen, so käme dies einer Selbstamputation der Demokratie gleich.

Der Bundestag – eine Tabuzone für Linksabbieger?

*Linke Politik als unverzichtbarer Bestandteil
einer lebendigen Demokratie*



*Olaf Scholz und Friedrich Merz werfen Konfetti-Sprüche in die Menge
(K.I.-generierte Collage)*

Politik mit zwei rechten Augen

Wenn von der Weimarer Republik die Rede ist, heißt es oft: Die Justiz war auf dem rechten Auge blind. Sie hat linkspolitisch motivierte Aktionen hart sanktioniert, wohingegen sie bei Angriffen auf die Demokratie aus der rechten Ecke die Augen zugedrückt hat.

In Anlehnung daran könnte man über die heutige Situation in Deutschland sagen: Die Politik ist auf dem rechten Auge blind. Sie folgt blindlings rechten Narrativen, linke Korrektive sind unerwünscht.

Vielleicht könnte man aber auch umgekehrt sagen: Die Sicht der Politik ist dermaßen von konservativ-rechtsnationalen Narrativen geprägt, dass sie die Welt mit zwei rechten Augen sieht. So droht linke Politik immer wieder vollständig von der parlamentarische Bühne verdrängt zu werden.

Um zu verstehen, was das für unsere Demokratie bedeuten würde, sollte man sich vielleicht zunächst einmal darüber klarwerden, was linke Politik *nicht* ist.

Linke und pseudo-linke Politik

Im Vulgärverständnis mancher Politiker besteht linke Politik darin, ab und an auch die Sozialstaatsbrille aufzusetzen. Um diesem Missverständnis entgegenzuwirken, sei an dieser Stelle festgehalten:

Linke Politik bedeutet nicht, der Menge draußen vor dem Palast ein paar Almosen hinzuwerfen, damit die vom Schicksal Begünstigten drinnen im Palast ungestört ihr Bankett genießen können.

Linke Politik bedeutet auch nicht, mit der Gießkanne Steuergeschenke zu verteilen, die dann hinterher durch andere Abgaben

oder die Eigendynamik des staatlichen Steuermagneten wieder eingesammelt werden.

Linke Politik bedeutet nicht, die Gehandicapten in Sondereinrichtungen abzuschieben und dann von ihnen Dankbarkeit dafür zu erwarten, dass es dort saubere Betten und regelmäßige Mahlzeiten gibt.

Linke Politik gründet sich schließlich auch niemals auf einen nationalen Egoismus. Sie ist immer international ausgerichtet und gründet auf dem Bewusstsein, dass alle Menschen dasselbe Recht auf die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse und die Durchsetzung ihrer grundlegenden Rechte haben.

Mega-Große Koalition der Fremdenfeindlichkeit

Der letzte Punkt zeigt exemplarisch, wie sehr linke Politik in Deutschland an den Rand gedrängt ist. Zwar würde der Großteil des politischen Spitzenpersonals umgehend in den Chor derer mit einstimmen, die das Lied von den universellen Menschenrechten singen. Wenn wir jedoch auf den politischen Alltag blicken, wird deutlich, dass das scheinbar Selbstverständliche in Deutschland eben *nicht* selbstverständlich ist. Dies zeigt sich am deutlichsten beim Thema "Migration".

Die beiden einstigen Volksparteien CDU und SPD versuchen sich ebenso wie die beiden populistischen Parteien im Bundestag mit fremdenfeindlichen Parolen zu übertreffen. Die CDU versucht das "Rückführungsverbesserungsgesetz", mit dem die Ampelkoalition einen Bückling vor dem Remigrationsgegröle der AfD gemacht hat, durch ein "Zustrombegrenzungsgesetz" zu übertreffen. In beiden Fällen ist der technokratische Jargon ebenso menschenverachtend,

wie er die tatsächlichen inhumanen Auswirkungen der Gesetzgebung verschleiert.

FDP und Grüne werben zwar nicht offen mit Fremdenfeindlichkeit. Beide haben jedoch das Händchen gehoben, als die SPD mit oben genanntem Gesetz in der rechten Ecke punkten wollte. Sie sind beim großen Wettlauf der Fremdenfeindlichkeit also zumindest Mitläufer.

Inklusiver Charakter linker Politik

Vor diesem Hintergrund sollte, wer auf eine sozial ausgewogene Politik Wert legt oder auf eine solche angewiesen ist, hellhörig werden und sich die Frage stellen: Können Parteien, die Schutzsuchende bei Nacht und Nebel von der Polizei abführen und in Länder deportieren lassen, wo sie buchstäblich vor dem Nichts stehen, eine glaubwürdige Sozialpolitik betreiben? Muss nicht befürchtet werden, dass sie sich morgen einen anderen Sündenbock suchen, wenn Fremde allein nicht mehr ausreichen, um den diffusen Ressentiments der Bevölkerung eine Projektionsfläche zu bieten?

Klar ist jedenfalls, dass hier einige gleicher sind als andere. Für einige gelten die Menschenrechte uneingeschränkt, für andere nicht. Dies ist bei einer konsequenten linken Politik undenkbar. Denn für sie gilt:

Linke Politik ist inklusiv. Sie beruht auf der festen Überzeugung, dass alle Menschen das gleiche Recht auf ausreichende Ernährung, menschenwürdiges Wohnen, eine optimale Gesundheitsversorgung und Teilhabe an der Gesellschaft haben.

Linke Politik ist deshalb immer sozial ausgerichtet. Sie zielt darauf ab, zuallererst die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Dies geschieht nicht mit Hilfe einzelner Sozialpflasterchen, sondern

durch einen politischen Gesamtentwurf, bei dem die Grundrechte und Grundbedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen und kein schmückendes Beiwerk sind.

Linke Politik ist dabei nie dogmatisch. Sie kennt die zentralen Gedankengebäude linker Theoriebildung und lernt aus ihnen, würde aber nie in eines dieser Gebäude einziehen. Denn aus der Geschichte hat sie gelernt, dass eine befreiend gemeinte Theorie sich in ihr Gegenteil verkehrt, wenn sie zum Dogma erhoben wird. Indem das reale Leben dabei in das Korsett einer abstrakten Begrifflichkeit gezwängt wird, verfehlt die Theorie die Eigendynamik jenes sozialen Alltags, für dessen Verbesserung sie entwickelt worden war. Sie wird dann zu einem Machtinstrument der Herrschenden, die sie als sinnentleerte Monstranz vor sich hertragen.

Das süße Gift des Populismus

Wenn man sich die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland anschaut, die explodierenden Mietpreise und die – durch den verstärkten Zulauf zu den Tafeln dokumentierte – immer schlechtere Grundversorgung vieler Haushalte, so müsste eine glaubwürdige linke Politik eigentlich locker auf eine Mehrheit an der Wahlurne kommen.

Die Realität sieht, wie wir alle wissen, anders aus. Die Linke muss um den Wiedereinzug in den Bundestag bangen. Um nicht an der 5%-Hürde zu scheitern, möchte sie sich mit der "Silberlocken-Kampagne" die Grundmandatsklausel zunutze machen und durch den Sieg bei den Erststimmen in mindestens drei Wahlkreisen alle für sie abgegebenen Stimmen in Parlamentssitze ummünzen.

Aber warum muss die Linke überhaupt auf diesen Umweg setzen? Wieso überzeugt sie nicht mit ihrer bloßen Existenz? Weshalb schla-

gen selbst diejenigen, die auf sie angewiesen sind, die Hand dieser Anwältin der Unterprivilegierten aus?

Die Antwort könnte einen an der Demokratie verzweifeln lassen. Sie lautet: Offenbar hat das Gift des Populismus die Demokratie bereits zu einem großen Teil zersetzt. Es ist eben einfacher, sich dem Rausch der Ressentiments hinzugeben und andere Menschen als Punchingballs für das Abreagieren der eigenen Unzufriedenheit zu missbrauchen, als sich mit tragfähigen Konzepten für eine sozial gerechtere Politik auseinanderzusetzen.

Es ist ein trauriges Bild: Oben auf der Bühne stehen die Totengräber der Demokratie und werfen Bonbons mit populistischen Parolen in die Menge. Und anstatt auf die Warnungen vor der betäubenden Wirkung der Leckerlis zu hören, schlingen viel zu viele das süße Gift in sich hinein wie Popcorn bei einem Blockbuster.

Am Morgen nach der Wahl werden sie mit einem schweren Kater erwachen. Dann aber wird es zu spät sein.

Eine Parteienutopie – die RBP

Eine Programmskizze als Diskussionsgrundlage für politische Reformen

Was wäre, wenn man mit einer eigenen Partei die politische Bühne betreten dürfte? Wie würde ihr Programm aussehen? Als Diskussionsgrundlage hier das politische Luftschloss der RBP (Rother-Baron-Partei).



Luftschloss (K.I.-generierte Collage)

Das Luftschloss einer eigenen Partei

Wenn man grundsätzliche Kritik an den vorhandenen politischen Strukturen übt, lautet die Reaktion oft: "Du hast gut reden! Du musst dich ja auch nicht im politischen Alltagsgeschäft behaupten!"

Also tue ich an dieser Stelle einfach mal so, als wäre ich in die Polit-Manege eingeladen worden und dürfte dort das Programm meiner Luftschloss-Partei vorstellen. Natürlich kann es sich dabei nur um Stichworte handeln, um Grundlinien einer Politik, die noch der näheren Diskussion und Ausgestaltung bedürfte. Trotzdem sollte dabei deutlich werden, wie mein politisches Utopia aussieht.

Manche werden sich jetzt vielleicht fragen, warum ich mein Programm nicht schon früher ausformuliert habe, um damit zur Wahl anzutreten. Die Antwort lautet: zweitausend. So viele Unterschriften muss man bekanntermaßen mindestens sammeln, wenn man mit einer nicht im Bundestag oder in einem Landesparlament vertretenen Partei zur Bundestagswahl antreten möchte – pro Bundesland!

Klar, meine 95-jährige Oma hätte mir sicher ihre Unterschrift gegeben. Sie ist ja auch stolze Besitzerin von zehn Staubsaugern, weil sie es bei keinem Staubsaugervertreter übers Herz bringt, Nein zu sagen. Aber ob ich wohl in jedem Bundesland gleich zweitausend solcher gutmütigen Omas gefunden hätte? Da hatte ich doch so meine Zweifel ...

Also stelle ich an dieser Stelle meine politischen Vorstellungen ganz unverbindlich zur Diskussion – geordnet nach zentralen Politikfeldern in alphabetischer Reihenfolge. Vielleicht finden sich ja ein paar Utopia-Fans, die das Programm weiterdenken möchten.

Kurzfassung eines utopischen Parteiprogramms

Arbeitsmarktpolitik: geht von einem Arbeitsbegriff aus, der Arbeit als Möglichkeit der Selbstverwirklichung durch einen vertieften Ich-Umwelt-Bezug und eine spezielle Form des Zusammenwirkens mit anderen begreift; dementsprechend Förderung dieser Form von Arbeit und des Zugangs zu ihr; Ablehnung jedweder Verpflichtung von Menschen zu sklavenförmigen, entfremdenden Tätigkeiten; stattdessen Angebot kompensatorischer Leistungen (hohe Vergütung, Weiterbildung ...) bei Annahme derartiger Tätigkeiten und Schwerpunktsetzung auf Förderung individueller Kompetenzen und ihrer Nutzbarmachung für die Gemeinschaft

Außenpolitik: fußt auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und positioniert sich deshalb klar gegen alle Versuche, eine Aufteilung der Welt in Interessensphären mit dem Tranchiermesser der Großmächte durchzusetzen; gleichzeitig menschenrechtsbasierter Ansatz, der es erlaubt, andere Völker oder einzelne Personen gegen die Willkür autoritärer oder totalitärer Machtapparate in Schutz zu nehmen

Bildungspolitik: strebt eine Schule für alle an, ohne auf eine Einheitsschule abzielen. Differenzierungslehrkräfte sollen gemeinsames Lernen ermöglichen, dabei aber gleichzeitig die unterschiedlichen Kompetenzen der einzelnen Lernenden berücksichtigen und Wege aufzeigen, wie stärkere die schwächeren Lernenden auf den jeweiligen Lerngebieten unterstützen können; vorübergehendes Intensivlernen in Kleingruppen für Kinder und Jugendliche mit sprachlichen, psychischen oder Verhaltensproblemen; ausführliche Verbalbeurteilungen mit Hinweisen auf Verbesserungsmöglichkeiten statt Ziffernnoten

Digitalpolitik: beschleunigte Digitalisierung der Kommunikation zwischen und mit den Behörden; parallel dazu Schulung der Entwickler und Anwender in verständlicher, transparenter und wertschätzender Kommunikation; in der Schulbildung gilt: Das Digitale ruht auf dem Analogen, d.h. Nutzung digitaler Ressourcen erst dann, wenn grundlegende Kompetenzen entwickelt sind und ein kritisch-verantwortungsbewusster Umgang mit digitalen Endgeräten und sozialen Medien sichergestellt ist

Energiepolitik: Erarbeitung und politische Umsetzung einer Liste mit konkreten und sofort realisierbaren Möglichkeiten der Energieeinsparung; auf dieser Grundlage Ermittlung des Energiebedarfs und darauf aufbauende Planung der Energieerzeugung; dabei Schwerpunktsetzung auf echte klimaneutrale Energie wie durch die Kraft-Wärme-Kopplung und die Energiegewinnung aus Müllverbrennungsanlagen

Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik: umfassende Förderung der vegetarischen und insbesondere der veganen Ernährung durch entsprechende Aufklärungskampagnen und die intensive Behandlung von Tierleid und klimaschädlichen Folgen des Fleischkonsums in der Schule; dementsprechende Landwirtschaftspolitik, die auf einer Abkehr von der Subventionierung landwirtschaftlicher Großbetriebe sowie der Massentierhaltung und einer intensiven Förderung von Anbaumethoden für vegane Ernährung beruht

Europapolitik: folgt dem Ideal eines Europas der Regionen, die gemeinsam über zentrale Zukunftsfragen entscheiden, gleichzeitig aber über genügend Freiräume verfügen, um ihren jeweiligen Besonderheiten gerecht zu werden; dementsprechend Befürwortung

von mehr qualifizierten Mehrheitsentscheidungen bei übergeordneten humanitären und Demokratisierungsprojekten, zugleich aber Eintreten für eine verbesserte Kommunikation zwischen europäischer Zentrale und regionalen Entscheidungsträgern, verbunden mit der Möglichkeit, Beschlüsse gegebenenfalls an die lokalen Besonderheiten anzupassen

Familienpolitik: Ermöglichung der staatlichen Registrierung und entsprechenden steuerlichen Begünstigung *aller* Lebensgemeinschaften, unter Einschluss von Senioren-, Patchwork- und Mehrgenerationen-WGs; dementsprechend Abkehr von einem auf das intime Zusammensein zweier Menschen bestimmten Begriff von Familie und Übergang zu einem auf die gegenseitige Unterstützung abzielenden Ideal des Zusammenlebens als Kernelement von "Familie"

Finanzpolitik: radikale Vereinfachung des Steuersystems; Grundprinzip: Berechnung der Steuer nach dem jährlichen Zugewinn, abzüglich eines sozial gestaffelten Grundfreibetrags; Verpflichtung multinationaler Unternehmen auf Ausweisung des in Deutschland erzielten Gewinns und entsprechende Besteuerung; Einführung einer umfassenden Transaktionssteuer auf alle spekulativen Finanzgeschäfte; Erweiterung der Befugnisse von Bundesrechnungshof und Landesrechnungshöfen von Kontroll- zu Sanktionsmöglichkeiten bei verschwenderischem Umgang mit Steuermitteln

Gesundheitspolitik: Einführung eines einheitlichen, steuerfinanzierten Gesundheitssystems; Abschaffung aller Einschränkungen bei den Gesundheitsleistungen; Abkehr von der Finanzierungslogik. Stattdessen gilt: Jedes Menschenleben ist absolut schützenswert und ist es deshalb auch wert, in Gold aufgewogen zu werden. Ge-

spart wird anderswo – zum Beispiel bei den Gewinnmargen der Pharmalobby.

Hochschulpolitik: Abschaffung des Numerus clausus; stattdessen ausführliche Beratungsgespräche und einschlägige Vorbildung (auch praktischer Art) als Zulassungsvoraussetzung zum Studium; dafür Begrenzung der Regelschule auf 11 Jahre und gezielte Unterstützung bei Einstieg in Lehre oder Fachausbildung; Förderung interdisziplinären Arbeitens statt Konzentration auf Spezialstudiengänge; gegenseitige Begutachtung von Lehre und Forschung nach dem Tandem-Prinzip; Enthierarchisierung und Entfilzung der Hochschulen; dafür Besetzung von Stellen durch externe Kommissionen; zur Vermeidung von Abhängigkeitsverhältnissen Entkoppelung von Qualifizierungsarbeiten und Lehrtätigkeit sowie von Bewertung der Arbeiten und Beratungstätigkeit

Innenpolitik: handlungsleitende Überzeugung: Die eigene Freiheit endet dort, wo die Freiheit des anderen anfängt. Kernaufgabe des Staates ist es folglich, Rahmenbedingungen zu schaffen, durch die sich nirgends das Recht des Stärkeren durchsetzt und die einzelnen Freiheitsentwürfe möglichst optimal aufeinander abgestimmt werden.

Justizreform: Einrichtung eines mit juristischen Fachleuten besetzten Gremiums zur Besetzung höchstrichterlicher Stellen; Wahl des Gremiums durch alle in Deutschland tätigten Juristinnen und Juristen; Ausschluss von parteipolitischer Einflussnahme auf die Wahlprozesse

Kommunalpolitik: Grundgedanke: Großes entsteht im Kleinen; Basisdemokratie erwächst also nicht aus populismusanfälligen Volks-

entscheiden, sondern aus aktiver Mitbestimmung und Mitgestaltung auf kommunaler Ebene; dementsprechend Stärkung kommunaler Entscheidungs- und Mitbestimmungsprozesse und Förderung der Durchlässigkeit zwischen kommunaler und Landes- bzw. Bundesebene

Kulturpolitik: beruht auf einem weit gefassten Begriff von Interkulturalität, der sich sowohl auf die gegenseitige Befruchtung von Kulturen verschiedener Länder als auch auf die Offenheit der verschiedenen Sub- und sozial bestimmten Kulturen füreinander bezieht; dementsprechend Förderung von Projekten, die auf kulturelle Offenheit abzielen und basiskulturell orientiert sind, anstatt sich auf den musealen Erhalt der Hochkultur zu konzentrieren

Medienpolitik: Rückführung der öffentlich-rechtlichen Medien auf ihre Kernaufgabe – die Aufklärung und die Förderung des kritisch-rationalen Diskurses; Sensibilisierung für Propaganda, Indoktrinierung und Fake-Narrative durch eine entsprechende Medienerziehung in der Schule und eine selbstreflexive Berichterstattung, die zu kritischem Mit- und Nachdenken ermutigt; Förderung von Grassroots-Projekten, die einen solchen Ansatz verfolgen

Migrationspolitik: Bekenntnis zur Notwendigkeit von Zuwanderung als geistigem und physischem Auffrischungsprozess für die Gesellschaft; dabei Schwerpunkt auf der eigenen Ausbildung ausländischer Fachkräfte statt auf deren Anwerbung in anderen Ländern unter Inkaufnahme eines dortigen Brain Drains; klare Positionierung gegen alle Ansätze, Menschen mit Migrationshintergrund als Sündenböcke für Probleme aller Art und als Projektionsflächen für diffuse Ressentiments zu missbrauchen; Intensivierung von Integra-

tionsprogrammen und Erleichterung der Einbürgerung bei gelungener Integration in soziales Umfeld und Arbeitsmarkt

Sozialpolitik: geht von der Überzeugung aus, dass alle Menschen in Würde leben können sollen. "Würde" wird dabei sowohl unter materiellen als auch unter emotionalen und kognitiven Aspekten gesehen, d.h. sie hängt nicht nur von einer ausreichenden materiellen Grundversorgung ab, sondern auch von gesellschaftlicher Teilhabe und der Möglichkeit, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und für die Gemeinschaft nutzbar zu machen; dementsprechend gezielte Förderung individueller Potenziale und Unterstützung bei ihrer Einbringung in soziale Kontexte; dafür Schaffung eines barrierefreien Umfelds in einem umfassenden, den Abbau physischer Hemmnisse ebenso wie die Überwindung von Vorurteilen und Ängsten betreffenden Sinn

Sportpolitik: Eintreten für einen weniger wettbewerbs- und leistungsorientierten Sportbegriff; stattdessen Förderung der Freude an der Bewegung in Schule und Freizeit durch entsprechende Angebote bzw. einen entsprechend zwanglosen Unterricht; soweit Wettbewerbe fortbestehen: Bemühung um vollständig inklusive Formate, bei denen nicht nach Geschlecht, Alter oder körperlicher Beeinträchtigung separiert, sondern bei der Leistungsbeurteilung durch kompensatorische Bewertungssysteme differenziert wird

Umweltpolitik: zentraler Grundsatz: Naturschutz ist dem Klimaschutz übergeordnet, da echter Naturschutz immer auch Klimaschutz miteinschließt. Die Fokussierung auf den Klimaschutz führt dagegen wie beim Abbau der für die Energiewende erforderlichen Rohstoffe zu neuem Raubbau an der Natur, der das ökologische

Gleichgewicht erneut beeinträchtigt – mit entsprechend klimaschädlichen Folgen.

Verkehrspolitik: Verlagerung des Schwerpunkts von bundesweiten Großprojekten hin zu Ausbau und Förderung des kommunalen Nahverkehrs, unter Einbeziehung von Ruf-Taxi-/Busmodellen zur Anbindung abgelegener Regionen; sofortige Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen sowie auch im Schiffsverkehr zur Eindämmung schädlicher Emissionen und für mehr Sicherheit im Straßenverkehr; Komfortoffensive im Bahnverkehr, um Zugfahren attraktiver zu machen; vollständige Einstellung von Kurzstreckenflügen

Wahlrechtsreform: Abschaffung oder Absenkung der 5%-Hürde; in letzterem Fall Einführung einer Ersatzstimme, um sicherzustellen, dass keine Stimme verloren geht, weil sie für eine an der Sperrklausel gescheiterte Partei abgegeben wurde; ferner Einführung von Vorwahlen für die Spitzenkandidaturen der Parteien und eines Prüf- und Bestätigungsrechts des Parlaments gegenüber dem für die Leitung von Ministerien vorgesehenen Personal; gleichberechtigte Präsenz aller zur Wahl zugelassenen Parteien in der medialen Berichterstattung und insbesondere in den Talkrunden vor der Wahl

Wirtschaftspolitik: Förderung einer regionalen Kreislaufwirtschaft, Konzentration staatlicher Unterstützungsmaßnahmen auf kleine und mittelständische Unternehmen; massive Einschränkung und verbesserte Kontrolle der Lobbyarbeit von Großunternehmen; gezielte Förderung und finanzielle Unterstützung von ehrenamtlichen, fürsorgebezogenen und gemeinnützigen Aktivitäten mit dem Ziel, diese in den regulären Wirtschaftskreislauf zu integrieren und entsprechend zu honorieren

Wohnungspolitik: in ländlichen Gebieten: Vorrang der Ertüchtigung des Altbaubestandes vor der Ausweisung von Neubaugebieten zur Eindämmung des Flächenfraßes; in den Städten: keine Luxusbauprojekte und keine Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen, solange Wohnungsnot herrscht; prozentuale Koppelung der Mieten an das Einkommen, verbunden mit staatlichen Zuschüssen und Garantien für Vermieter; Förderung von Mietkaufmodellen und der Übernahme von Wohnraum in Sozialwohnungsprogramme

Die Demokratie in der Abwärtsspirale

Ein Kommentar zur Bundestagswahl 2025

Drei wesentliche Lehren sind aus der Bundestagswahl des Jahres 2025 zu ziehen. Sie betreffen die Wirkmächtigkeit von Fake-Narrativen, ein neues weibliches Rollenmodell in der Politik und den mangelnden Respekt vor den Wahlberechtigten.



Das sinkende Schiff der Demokratie (K.I.-generiertes Bild)

Ein Lehrstück in Fake-Narrativik

Die Bundestagswahl 2025 ist zunächst einmal eine Lehrstunde in Sachen Fake-Narrativik. So ist es der SPD offenbar gelungen, der FDP durch die medienwirksame Entlassung von Finanzminister Lindner und das Herumreiten auf deren "D-Day-Papier" als Sündenbock für die gescheiterte Ampel-Politik hinzustellen. Folge: Die FDP ist im nächsten Bundestag nicht mehr vertreten.

Mit dieser Dolchstoßlegende hat sich die SPD aber auch selbst geschadet. Die alles andere als souverän herübergekommene Strategie, der FDP die alleinige Schuld für das Ampel-Chaos zu geben, ist am Ende auch auf sie selbst und ihren Kanzler von der traurigen Gestalt zurückgefallen. Das Fake-Narrativ hatte damit auch einen Bumerang-Effekt, der die SPD auf ein neues Rekordtief herabgedrückt hat.

Die Grünen, deren sozial nicht ausreichend abgefederte Klimaschutzpolitik der Hauptauslöser für die Unbeliebtheit der Ampelkoalition war, haben sich dagegen erfolgreich im Schatten der Streitähne gehalten. Sie haben den Ampel-Frust weitgehend unbeschadet überstanden und mussten nur leichte Verluste hinnehmen – auch, weil ihre Stammklientel finanziell weich gepolstert ist und die teure Klimaschutzpolitik leichter kompensieren konnte als die Mehrheit der Bevölkerung.

Ein neues weibliches Rollenmodell in der Politik

Eine weitere Erkenntnis der Bundestagswahl betrifft die Etablierung eines neuen Frauentypus. Neben Rollenmodellen wie dem der traditionellen Hausfrau und Mutter, der kämpferischen Suffragette und

Feministin oder der Karrierefrau tritt nun immer deutlicher das der knallharten rechtsnationalen Politikerin.

Angedeutet hatte sich dieses Rollenmodell spätestens seit der Regierungszeit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, der französischen FN-Anführerin Marine Le Pen und der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel wird es nun ins 21. Jahrhundert übertragen.

Dabei gibt es zwischen Thatcher und ihren (post-?)modernen Nachfolgerinnen allerdings einen entscheidenden Unterschied. Während Thatcher privat dem Rollenmodell einer treuen Ehefrau verhaftet blieb und zeitlebens mit demselben Mann verheiratet war, nehmen Le Pen, Meloni und Weidel auch privat alle Freiheiten eines Frauenlebens im Zeitalter des Feminismus für sich in Anspruch. Meloni hat sich von ihrem Mann getrennt, Le Pen hat gleich zwei Scheidungen und eine Trennung hinter sich, Weidel lebt in einer offen lesbischen Beziehung.

Das Ende einer Utopie

Das Klischee von der Dominanz der "alten weißen Männer" trifft damit nur noch auf die ganz große weltpolitische Bühne zu. In Europa dagegen erodiert es zunehmend. Das Traurige daran ist, dass die Hoffnungen, mit der Zunahme des weiblichen Anteils in der Politik auch einen Wechsel in Politikstil und -richtung erreichen zu können, sich dabei zunehmend als illusionär erweisen.

Natürlich kann man argumentieren, dass diese Hoffnungen selbst wieder einem veralteten Rollenklischee gefolgt sind und dass auch Frauen – hetero- wie homosexuelle – das Recht haben, sich als kraftstrotzende Law- und Order-Politikerinnen aufzuführen. Andererseits war die Regenbogenbewegung immer auch von dem Unterton

einer toleranteren, offeneren Gesellschaft durchzogen. Von diesem Unterton sind die Reden einer Alice Weidel jedoch weit entfernt.

Und bei allem Verständnis für das weibliche Dominanzbedürfnis würde es der Gesellschaft doch guttun, wenn wenigstens ein Rest des traditionell als "weiblich" etikettierten Fürsorge- und Mitgefühlgedankens beim Durchmarsch der Frauen an die Schalthebel der Macht übriggeblieben wäre.

Mit der ehemaligen slowakischen Präsidentin Zuzana Čaputová und der früheren neuseeländischen Ministerpräsidentin Jacinda Ardern gibt es zwar zwei berühmte Gegenbeispiele, die für eine humanere Politik standen. Im Gegensatz zu Le Pen, Meloni und Weidel waren sie jedoch massivem Mobbing – bis hin zu gewalttätigen Übergriffen – aus der machistischen Mannosphäre ausgesetzt [1] und haben deshalb auf eine Fortsetzung ihrer politischen Karriere verzichtet.

Über 4 Millionen Stimmen für den Papierkorb

Der eigentliche Skandal dieser Wahlen betrifft aber mal wieder die Tatsache, dass erneut Millionen von Stimmen in den Papierkorb gewandert sind – weil sie für Parteien abgegeben wurden, die es nicht geschafft haben, die 5%-Hürde zu überspringen.

Nun werden es viele wohl nicht bedauern, dass FDP und BSW mit 4,3 bzw. 4,97 Prozent knapp bzw. extrem knapp an der Sperrklausel gescheitert sind. Gleiches gilt für die Freien Wähler, die mit 769.170 bzw. 1,5 Prozent der Stimmen wieder den ersten Platz unter den "Sonstigen" einnehmen.

Es geht hier aber nicht um diese Parteien, sondern um den Respekt vor den Wahlberechtigten. Diesen müsste man zumindest die Chance geben, mit einer Ersatzstimme ihr Stimmrecht für eine an-

dere Partei zu nutzen, wenn die von ihnen favorisierte Partei es nicht ins Parlament schafft.

Ein fragwürdiges Verständnis von Demokratie

Hinzu kommt, dass das klassische Argument, die in Deutschland relativ hohe Sperrklausel verhindere eine Zersplitterung des Parlaments und schütze damit die Demokratie, nicht mehr greift. Im aktuellen Fall hat die 5%-Hürde gerade die antidemokratischen Kräfte von der AfD gestärkt, deren Mandate sich durch den Wegfall der Stimmen für FDP und BSW entsprechend erhöht haben.

6.815.239 Stimmen sind laut dem vorläufigen amtlichen Endergebnis bei dieser Wahl in den Papierkorb gewandert **[2]** – das entspricht 13,77 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und ist nach 2013 der zweithöchste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik **[3]**. Dass man dies achselzuckend hinnimmt, offenbart ein – gelinde gesagt – fragwürdiges Verständnis von Demokratie.

Ändern wird sich das wohl erst, wenn eine der größeren Parteien einmal so abgewirtschaftet hat, dass sie selbst in die Nähe der 5%-Hürde rutscht. Für die SPD liegt dieses Ziel gar nicht mehr in so weiter Ferne. Kommt es aber in Sicht, wird es für einen Kurswechsel zu spät sein. Dann werden die anderen Parteien die SPD ebenso lustvoll unter Wasser drücken, wie sie es mit ihren derzeitigen Konkurrenten tut.

Nachweise

- [1]** Im Falle von Čaputová ist dies sogar durch einen Dokumentarfilm über ihre Amtszeit belegt – vgl. Kirchgeßner, Kilian: [Brisan-](#)

ter Dokumentarfilm über die Ex-Präsidentin Zuzana Čaputová;
Deutschlandfunk, 15. Januar 2025.

- [2] Bundeswahlleiterin.de: Bundestagswahlen 2025
- [3] Eine genaue Auflistung der bei Bundestagswahlen durch die 5%-Hürde verfallenen Stimmen findet sich bei Wikipedia in dem Beitrag Fünf-Prozent-Hürde in Deutschland, Abschnitt "Verfallene Zweitstimmen (Bundestagswahl)".